



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 3/2017



Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, trägt sich im Rahmen der Landkreisversammlung 2017 in das Goldene Buch der Stadt Neunburg vorm Wald ein. Mit dabei: der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Gastgeberlandrat Thomas Ebeling und der 1. Bürgermeister von Neunburg vorm Wald, Martin Birner.

GEMEINSAM ZUM ERFOLG – LANDKREISVERSAMMLUNG 2017
IM ZEICHEN DER BUNDESTAGSWAHL S. 5

INTERVIEW MIT DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFTSMINISTERIN
ILSE AIGNER, MDL S. 9

DER ENTWURF FÜR EIN BAYERISCHES TEILHABEGESETZ I
(BayTHG I) – ECKPUNKTE UND RAHMENBEDINGUNGEN S. 11



Editorial	4
Landkreisversammlung 2017	
Gemeinsam zum Erfolg – Landkreisversammlung 2017 im Zeichen der Bundestagswahl	5
Aktuell	
Interview mit der Bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und Stellvertretenden Ministerpräsidentin Ilse Aigner, MdL	9
Der Entwurf für ein Bayerisches Teilhabegesetz I (BayTHG I) – Eckpunkte und Rahmenbedingungen	11
Kommunale Mehrbelastungen durch die Flüchtlingskrise	13
Deutschlands Arzneimittelversorgung nach EuGH-Urteil: Heute hier, morgen fort?	15
Bayerns Integrationsbeauftragte Schreyer im Schulterschluss mit den bayerischen Landkreisen	17
Mobilität	
Zukunft der Mobilität im ländlichen Raum – Gedanken aus der Sicht eines ÖPNV-Aufgabenträgers abseits der Ballungsräume	18
iMONA: Eine Region verknüpft Personenverkehr und Nahversorgung zu zukunftsfähiger Mobilität	19
MVV-RufTaxis als sinnvolle Ergänzung des Nahverkehrsangebotes im Landkreis Fürstentfeldbruck	20
Fast 38.000 Fahrgäste im letzten Jahr – Rufbussystem im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. entwickelt sich sehr gut	22
Landkreis Passau gibt Gas in Sachen öffentlicher Personennahverkehr	23
Die Schlüsselrolle der Landkreise in der Radverkehrsförderung	26
Digitalisierung, Innovationen	
Bayerische Innovationstage 2017	28
Niederschwelliger Austausch der Landkreise über neues soziales Netzwerk .	30
Prestigeprojekt BayernLab im Landkreis Rhön-Grabfeld für ganz Unterfranken eröffnet	31
Start-Up mal anders – Silicon Vilstal im Landkreis Landshut	32
Gemeinsam mit Tradition in die Zukunft der digitalisierten Arbeitswelt ..	34
Haus der bayerischen Landkreise	
Ausstellungen im Haus der bayerischen Landkreise – ein Erfolgsmodell ...	37
25 Jahre Europabüro der bayerischen Kommunen – Festakt in Brüssel	40
Wie steht's um den ÖPNV im Freistaat Bayern – Austausch mit den verkehrs- und finanzpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen	41
Gemeinsam gegen die Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest	42
Bürgermeister des Landkreises Kulmbach wollen es ganz genau wissen: Wie sieht es mit den kommunalen Mitteln aus	43



Aus den Landkreisen

Eine Kultur des Hinschauens für den Schutz unserer Kinder – Fachtag und Fortbildungsreihe „Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ im Landratsamt Berchtesgadener Land	44
Fachtag Gesundheitsregion ^{plus} im Landkreis Freising	46
Neuburg-Schrobenhausen zeigt wie sie gelingen kann: die Beschäftigung von Geflüchteten	47
Erfolgreiche Gründer müssen für ihre Idee brennen – Wirtschaftstreffen der Landkreise Würzburg und Main-Tauber	48
Erster bayerisch-tschechischer Bahngipfel in Furth im Wald	50
Ein Fest für die Franken (Kitzingen)	51
Landratsamt Mühldorf a. Inn geht den Weg in eine digitale Zukunft – und wird für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und zugänglicher	53

Personalien	55
--------------------------	----

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
 Kardinal-Döpfner-Straße 8
 80333 München
 Telefon (089) 286615-0
 Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Johann Keller
 Geschäftsführendes Präsidialmitglied
 des Bayerischen Landkreistags
 Sarah Honold
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herstellung:

Druckerei Schmerbeck GmbH
 Gutenbergstraße 12
 84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

Wahlergebnisse in München, Berlin und Brüssel sind maßgeblich für die Zukunftsgestaltung der bayerischen Landkreise. Die Bundestagswahl war deswegen für den Bayerischen Landkreistag schon lange vor dem 24. September ein bestimmendes Thema. Im Rahmen unserer Landkreisversammlung in Neunburg vorm Wald am 31. Mai und 1. Juni 2017 haben wir deswegen Forderungen an eine mögliche zukünftige Bundesregierung beschlossen. Die Umsetzung dieser Positionen im Bereich des Krankenhauswesens, der Pflege, des Bundesteilhabegesetzes, der Auswirkungen der Flüchtlingskrise und des Ausbaus unserer Infrastruktur sind für den Erhalt und den Fortbestand unseres ländlichen Raumes wichtig.

Wir befinden uns dank unserer heimischen Wirtschaft in einer vergleichsweise komfortablen wirtschaftlichen Situation – in den Ballungsgebieten wie auf dem Land. Das alleine reicht aber nicht. Die medizinische und pflegerische Versorgung, die Mobilität auf den Straßen und auf den Schienen, flächendeckende Bildungsangebote, die Breitbandversorgung und die digitalen Leistungen müssen stimmen, damit die Leute auch weiterhin gerne im ländlichen Raum leben wollen und können. Und nicht nur das.

Die medizinische Versorgung ist mittlerweile schon fast ein chronischer Patient für uns. Seit Jahren kämpfen wir täglich in Krankenhäusern gegen rote Zahlen und Ärztemangel auf dem Land. Das System krankt an verschiedenen Stellen, die insbesondere für die kleinen Häuser ein Nachteil sind. Das schwächt unseren ländlichen Raum und könnte zum Versorgungsnachteil für zwei Drittel unserer bayerischen Bevölkerung werden. Wir werden uns ganz genau anschauen, was Berlin in diesem Bereich macht. Die Krankenhausfinanzierung der Zukunft muss sich stärker am Patientenwohl und an der Flächenversorgung statt einer weiter zunehmenden Ökonomisierung orientieren. Unsere Krankenhäuser werden seit Jahren auf der Erlösseite ausgeblutet. Der Bund muss die Tarifsteigerungen im Personalkostenbereich endlich vollständig ausgleichen und ambulante Notfallbehandlungen auskömmlich finanzieren. Berlin muss seinen Kommunen hier endlich Rückendeckung geben.

Gerade in der Flüchtlingskrise wurde diese Unterstützung oft vermisst. Die Hauptstadt erschien vielen weiter weg als sie es geographisch eigentlich ist. Wir



Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

brauchen hier in Zukunft klare Aussagen und eine gemeinsame Linie.

Gemeinsam kann man am meisten bewältigen. Dies ist das bisherige Erfolgsgeheimnis der bayerischen Landkreise. Über Parteigrenzen hinweg setzen wir uns seit jeher geschlossen für die Zukunft der Menschen, die Bayern ihre Heimat nennen, ein. Insbesondere in den aktuellen Verhandlungen zum Finanzausgleich hat sich die Bayerische Staatsregierung einmal mehr zu ihren Kommunen bekannt. Der kommunale Finanzausgleich 2018 erreicht mit 9,51 Mrd. € ein neues Rekordniveau. Die Kommunen erhalten 599 Mio. €, also 6,7 % mehr als im Vorjahr. Insbesondere die Aufstockung der Fördermittel für den Erhalt der akuten stationären Krankenhausversorgung im ländlichen Raum tut gut und wird dringend gebraucht. Für die Krankenhausfinanzierung stehen jetzt mit 643 Mio. € 140 Mio. € mehr als in den Vorjahren zur Verfügung. Mit dem Plus von 28 % können notwendige Baumaßnahmen und die Anschaffungen von Großgeräten umgesetzt werden, wenn dieser Anstieg auch in den Folgejahren fortgesetzt wird.

Auch von unseren übergeordneten Ebenen in Berlin und Brüssel wünschen wir uns Rückhalt. Die durch unsere Landrätinnen und Landräte für die Bundestagswahl aufgestellten Forderungen gehören umgesetzt. Sie sind direkt dran an den Baustellen und wissen, wo im Kleinen dringend etwas getan werden muss.

Nur eine Politik, die Taten sprechen lässt, ist glaubwürdig. Darauf setzen wir auch in Zukunft!

Dr. Johann Keller

Gemeinsam zum Erfolg – Landkreisversammlung 2017 im Zeichen der Bundestagswahl



V.l.n.r.: Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Johann Keller, Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Staatsminister Joachim Herrmann, MdL

Im Rahmen ihrer einmal jährlich stattfindenden Landkreisversammlung hatten sich die bayerischen Landkreise am 31. Mai und 1. Juni 2017 in der Schwarzhallhalle in Neunburg vorm Wald unter Beteiligung von führenden Köpfen aus Politik, Staatsverwaltung, Verbänden und vielen weiteren Institutionen für die Bundestagswahl 2017 positioniert.

„Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise, die Mehrbelastungen durch das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz, aber auch riesige Probleme bei der medizinischen Versorgung, sind Dauerbrenner für uns“, so Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, am ersten Tag der Hauptversammlung der bayerischen Landkreise. Zwar wäre es in den letzten Jahren wirtschaftlich bergauf gegangen und die kommunalen Steuereinnahmen wären

entsprechend gesprudelt, gleichzeitig seien die Aufgaben und auch die Ausgaben der Landkreise aber immer weiter gewachsen. Allein für die Sozialhilfe, die Grundsicherung für Erwerbsfähige und für die Jugendhilfe würden die Landkreise nun mehr als 7 Mrd. € ausgeben müssen, 51 % mehr als noch vor 10 Jahren.

Auch die Flüchtlingskrise wäre längst nicht abschließend bewältigt. Zu oft würden übergeordnete Ebenen nach den Landkreisen rufen, wenn sie selbst nicht mehr weiterkämen. Bernreiter bezog sich dabei auf Versuche des Bayerischen Sozialministeriums, die Probleme bei der Unterbringung so genannter Fehlbeleger auf die Landkreise abzuschieben. Fehlbeleger sind anerkannte Asylbewerber, die aus den Asylbewerberunterkünften ausziehen und sich eine eigene Wohnung suchen müssten. Für diese sind die Gemeinden zustän-



V.l.n.r.: Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Staatsministerin Emilia Müller, MdL, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Peter M. Huber, Minister a.D. und Richter des Bundesverfassungsgerichts

dig. Da Wohnungen fehlen, sind sie aber weiterhin in den Gemeinschaftsunterkünften des Freistaats untergebracht. Dies zu ändern war bzw. ist das Ansinnen des Sozialministeriums, das auf die Mithilfe der Landkreise baut. Doch die bayerischen Landkreise haben weder das Recht oder die Aufgabe Wohnungen zu schaffen, noch die Kompetenz, die Bleibeberechtigten auf die Gemeinden zu verteilen. Daher ist es nur folgerichtig, die Fehlbeleger zunächst weiterhin in den staatlichen Unterkünften zu belassen, bis sich die Wohnungssituation in den Gemeinden verbessert hat. Die Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, und Emilia Müller, MdL, (die am Festabend teilnahm), sagten dies letztlich zur Freude von Präsident Bernreiter und aller Landräte zu.

Auch die massiven Probleme der Landkreise im Bereich der Krankenhäuser war ein großes Thema der Landkreisversammlung. Seit Jahren geht die Schere von Kosten und Erlösen weiter auseinander, etwa weil die steigenden Personalkosten durch die so genannten Fallpauschalen nicht mehr abgedeckt sind. Das neue Krankenhausstrukturgesetz benachteiligt darüber hinaus kleine Krankenhäuser, indem es die Qualität

der Versorgung mit der Stückzahl an Fällen, also der Quantität, verknüpft. Gerade die kleinen Häuser in der Fläche sind aber unerlässlich, um wenigstens die Grundversorgung der Bürger zu gewährleisten. Wenn es diese Häuser nicht mehr gibt, ist es auch um die Notfallversorgung schlecht bestellt. „Es kann nicht sein, dass wir irgendwann 80 Kilometer zum nächsten Krankenhaus haben“, so Christian Bernreiter.



V.l.n.r.: Landrat Josef Laumer, Straubing-Bogen, Landrat Thorsten Freudenberger, Neu-Ulm, Gastgeber Landrat Thomas Ebeling mit seiner Frau Sina Just



Dr. Imke Köhler (BR) moderierte die Diskussionsrunde zwischen Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, und Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

In ihren Wahlprüfsteinen haben die bayerischen Landkreise ihre Forderungen an den Bund formuliert. Diese wurden an Prof. Dr. Henneke vom Deutschen Landkreistag übergeben, damit sie in Berlin Gehör finden. Aber auch der Bayerische Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, sicherte den bayerischen Landkreisen als CSU-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl seine Unterstützung zu. „Als Kommunalminister werde ich zusammen mit meinen Kollegen Markus Söder und Melanie Huml die kommunalen Belange bei der Krankenhausfinanzierung weiter im Auge behalten. Bayern wird ein verlässlicher Finanzierungspartner für seine Krankenhäuser bleiben.“

Auch am 2. Tag der Landkreisversammlung beleuchteten Hochkaräter aus Politik, Wissenschaft und Medien, auf welche Herausforderungen die Bundesrepublik Antworten geben muss. Prof. Dr. jur. Peter M. Huber, Minister a.D. und heutiger Richter des Bundesverfassungsgerichts, zeigte, ob und warum Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Bedrängnis sind. „Der Rechtsstaat ist wichtiger als alles andere. Ohne Recht können wir kein verlässliches Zusammenleben organisieren“, so Huber, der auch den Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Staatsphilosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München innehat.

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags, gab Einblicke in „Zentrale Anliegen der Kreise an die Bundespolitik“ und die Arbeit des Deutschen Landkreistags. „Wir kennen keine Parteien, wir kennen nur Deutsche. Wir sind als Verband tendenziell konservativ strukturiert, unser großes Pfund ist aber der Zu-



V.l.n.r.: Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags

sammenhalt über die Vielfalt der Beheimatungen. Ich werde dafür kämpfen, dass das so bleibt. Als Deutscher Landkreistag versuchen wir immer Konsenslösungen zu erreichen, die für alle passen“, so Henneke. Er würdigte die bayerischen Landkreise aber auch für ihre Leistungen in der Flüchtlingskrise. „Das war eine Herausforderung für den kommunalen Bereich in Deutschland insgesamt. Hauptlast der Flüchtlingszunahme war aber in Bayern. Ich zolle Ihnen meinen größten Respekt, wie sie es bewältigt haben!“, so Henneke.

Der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, legte in seinem Vortrag „Politik und Medien in Zeiten von Fake News“ dar, dass es die Aufgabe der Medien sei, die Gesamtöffentlichkeit zu bilden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erreiche heute noch zwei Drittel der Bevölkerung. Dies verpflichte auch die Redakteure in seinem Haus. „Das Phänomen von „Fake News“ ist nicht neu. Aber es hat neue Möglichkeiten erreicht. Das Meinungsspektrum von Menschen kann sich so verengen. Die Medien sind verpflichtet, kritisch mit den Dingen umzugehen und eine differenzierte Meinungsbildung sachgerecht aufzubereiten“, so Wilhelm.



V.l.n.r.: Corinna Olek, Josef Rossmann



V.l.n.r.: Landrat Herbert Eckstein, 2. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrätin Tamara Bischof, 3. Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags, Ulrich Wilhelm, Intendant des Bayerischen Rundfunks, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags

Interview mit der Bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und Stellvertretenden Ministerpräsidentin Ilse Aigner, MdL

Die Stichworte Digitalisierung und Automatisierung sind omnipräsent. Mit Industrie 4.0, der digitalen Verwaltung, einer digitalisierten Bildung, Telemedizin und selbstfahrenden Autos – um nur einige Beispiele zu nennen – verändert sich unsere Welt rasant. Gleichzeitig sind beispielsweise Funklöcher und Verbindungsabbrüche im Mobilfunkbereich immer noch alltäglich. Wie steht es derzeit um die Digitalisierung auf dem Land?

Gut, auch wenn noch nicht alles perfekt ist. Bayern investiert zwei Milliarden Euro in die Digitalisierung, davon profitiert vor allem der ländliche Raum. Um die Mobilfunklücken zu schließen, haben wir ein Sofortprogramm aufgelegt, das die Nutzung von BOS-Masten ermöglicht. Außerdem erarbeiten wir gerade ein Förderprogramm, um die Versorgung weiter voranzutreiben. Es kommt aber nicht nur auf die Infrastruktur an, sondern auch darauf, dass bayerische Unternehmen digitale Geschäftsmodelle entwickeln und realisieren können. Das unterstützen wir zum Beispiel mit dem „Digitalbonus Bayern“, einem Förderprogramm speziell für kleine und mittelständische Betriebe. Außerdem bauen wir aktuell bayernweit 12 Gründerzentren an 19 Standorten auf, um digitale Start-ups in Bayern noch besser zu fördern. Mit dem „Pakt für Berufliche Bildung“ sorgen wir zudem dafür, dass die Digitalisierung auch im Bereich der beruflichen Bildung gestärkt wird. Bayern ist hier ein Vorreiter und tut alles dafür, dass wir die Chancen der Digitalisierung nutzen können, in der Stadt ebenso wie auf dem Land.

Der Bayerische Landkreistag hat sich früh für Glasfaser ausgesprochen. Für den flächendeckenden Ausbau in allen Landkreisen haben die Gelder aber bisher leider nicht gereicht. Unser Ministerpräsident Horst Seehofer macht Bayern zum „Gigabit-Bundesland“. Unsere Bundeskanzlerin hat jüngst angekündigt, die Digitalisierung zur Chefsache zu machen. Flächendeckend Glasfaser? Wann ist das realistisch?



In einem ersten Schritt haben wir uns das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet bis 2018 gesetzt. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Mit dem Masterplan „BAYERN DIGITAL II“ starten wir jetzt eine Glasfaser-Initiative bis 2025. Auch das ist sehr ehrgeizig. Es geht aber nicht nur um die leitungsgebundenen Anschlüsse. Deswegen treiben wir die 5G-Technologie voran. Das mobile Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung. Nicht nur, weil die Bevölkerung immer und überall auf bestimmte Dienste zugreifen will, sondern vor allem weil technologische Entwicklungen wie das autonome Fahren nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn mobil ausreichende Bandbreiten zur Verfügung stehen. Das ist einer der Schwerpunkte unserer Arbeit in der kommenden Legislaturperiode.

Trotz enormer Anstrengungen aller Beteiligten in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt sich Bayern bisher noch nicht überall gleich. Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle sind aber Teil unserer Bayerischen Verfassung. Was kann die Digitalisierung hier zukünftig leisten?

Die Digitalisierung setzt hier einen wichtigen Impuls. Für viele Tätigkeiten ist es nicht mehr erforderlich, dass Sie ins Büro fahren. Technisch ist es durchaus möglich, von zu Hause aus zu arbeiten. Die Digitalisierung ermöglicht zudem ganz neue Geschäftsmodelle, die es eben nicht mehr erforderlich machen, dass man in den Ballungszentren präsent ist. Das gilt beispielsweise für den Bereich E-Commerce oder für bestimmte Dienstleistungen, wie etwa Online-Druckereien. Das führt zu einer unglaublichen Flexibilisierung und kann gerade in den ländlichen Regionen einen echten Wachstumsschub auslösen. Wichtig ist dabei auch, dass diese Geschäftsmodelle vor Ort entwickelt werden können und die Menschen auch in ihrer Region Arbeitsplätze finden. Welche Chancen die Digitalisierung für unser Land jenseits der Industrie 4.0 bietet, untersuchen wir gerade mit einer ganzen Reihe an Modellprojekten, wie etwa den digitalen Dörfern, Handwerk.Digital oder der digitalen Einkaufsstadt.

Am Technologicampus Grafenau (eine Forschungseinrichtung der Technischen Hochschule Deggendorf) werden derzeit die Möglichkeiten eines digitalen Dorfes („eDorf“) erforscht. Welche Antworten auf reale Probleme – wie beispielsweise die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum – können uns die Forscher schon heute geben? Was erwarten Sie sich vom „digitalen Dorf“?

Aus der Wissenschaft gibt es zahlreiche Ideen, wie die Digitalisierung die Lebensbedingungen auf dem Land verbessern kann. Mit dem Projekt „digitales Dorf“ überprüfen wir jetzt, was davon in der Praxis wirklich anwendbar ist. Dabei stehen zwei Aspekte im Vordergrund: Erstens müssen die Ideen vor Ort entwickelt werden. Es geht also nicht darum, einer Region eine Standardlösung überzustülpen. Entscheidend ist, dass sich die örtlichen Akteure einbringen und so Anwendungen entstehen, die die Lebenssituation vor Ort tatsächlich verbessern können. Das reicht von digitalen Bildungsangeboten über einen mobilen Bauernmarkt und das digitale Rathaus bis hin zur lückenlosen Überwachung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen, auch wenn nicht genügend medizinisches Personal rund um die Uhr vor Ort verfügbar ist. Zweitens sollen die Erkenntnisse aus den beiden Modellprojekten in Spiegelau-Frauenau und der Steinwald Allianz im Anschluss für weitere Kommunen oder Gemeindeverbände nutzbar werden. Deswegen stellen wir etwa eine Online-Plattform zur Verfügung, die über die Einzelprojekte informiert. So wollen wir ein Netzwerk schaf-

fen, dass alle Akteure – also auch Wirtschaft und Wissenschaft – zusammenbringt, um Ergebnisse möglichst breit zur Anwendung zu bringen.

Wie sieht die Lebenssituation im ländlichen Raum 2030 aus? Was wünschen Sie sich persönlich?

Wir tun viel dafür, die Entwicklung in den strukturschwächeren Regionen anzuschieben, etwa im Rahmen der Regionalförderung. Fast 90 Prozent der bewilligten Fördermittel gehen in den ländlichen Raum. In den vergangenen 10 Jahren konnten wir damit deutlich über 36.000 neue Arbeitsplätze schaffen und über 232.000 erhalten. Beim Standortmarketing bewerben wir gezielt auch geeignete Standorte im ländlichen Raum. Unsere Förderprogramme, etwa für den Mittelstand, der auf dem Land ein sehr wichtiger Arbeitgeber ist, tragen auch zu einer positiven Entwicklung bei. Für mich ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kein Lippenbekenntnis – ich nehme das sehr ernst. Klar ist aber auch, dass dieses Ziel nicht so leicht zu erreichen ist. Es werden viele kleine Schritte nötig sein, aber so kommen wir letztlich zum Ziel. In den meisten bayerischen Regionen haben wir schon richtig viel erreicht, wenn ich mir beispielsweise die Entwicklung in Niederbayern anschau. Natürlich ist das nicht allein ein Verdienst der Politik, gerade der Wirtschaft kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Deswegen ist es mir auch so wichtig, die Wirtschaft nicht mit weiterer Bürokratie zu belasten.

Der Entwurf für ein Bayerisches Teilhabegesetz I (BayTHG I) – Eckpunkte und Rahmenbedingungen



*Von Dr. Klaus Schulenburg,
Referent für Soziales, Gesundheit
und Krankenhauswesen beim
Bayerischen Landkreistag*

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 1. August 2017 den Entwurf für ein Bayerisches Teilhabegesetz beschlossen und das Verfahren zur Anhörung der Verbände eingeleitet. Das ist ein erster Schritt zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, mit dem die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und die Hilfe zur Pflege auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden.

Das Bundesteilhabegesetz selbst tritt aufgrund seiner weitreichenden Änderungen – insbesondere der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einer modernen, personenzentrierten Teilhabeleistung außerhalb des Fürsorgesystems – in mehreren Stufen in Kraft. Zur Vorbereitung auf das neue Leistungsrecht müssen bestimmte Regelungen bereits zum 1. Januar 2018 gelten, damit die für die Eingliederungshilfe sachlich zuständigen Träger der Sozialhilfe die vertraglichen Grundlagen mit den Leistungserbringern vorbereiten können. Dies hat die Staatsregierung mit der Vorlage eines Entwurfes für ein Bayerisches Teilhabegesetz Teil 1 (BayTHG I) als Änderungsgesetz zum Ausführungsgesetz zu den Sozialgesetzen (AGSG) nachvollzogen. Die Neubestimmung der Träger der Eingliederungshilfe ist erst mit dem Inkrafttreten des neuen Leistungsrechts zum 1. Januar 2020 notwendig. Dazu hat die Staatsregierung schon jetzt einen zweiten Teil für das Bayerische Teilhabegesetz (BayTHG II) erarbeitet.

Wegen der zum Teil erheblichen Auswirkungen des gesetzgeberischen Tätigwerdens wurden im Rahmen eines breitangelegten Beteiligungsprozesses auf Landesebene die relevanten Regelungsbereiche mit allen Verbänden der Leistungserbringer, der Kostenträger

und der Menschen mit Behinderungen erörtert und die verschiedenen Handlungsoptionen abgewogen. Dabei verständigten sich alle Beteiligten darauf, die Leistungen künftig nach Möglichkeit aus einer Hand zu erbringen, damit zeitintensive Zuständigkeitskonflikte vermieden werden. Zugleich soll die Kooperation der überörtlichen und örtlichen Ebene im Bereich der sozialraumorientierten Planung (sowohl bei der Behindertenhilfe als auch bei der Pflege) intensiviert werden, um wohnortnahe Ansprechpartner und Dienste für die Betroffenen sicherzustellen.

In verschiedenen Abstimmungsgesprächen hat sich die Meinung herausgebildet, die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege bei den Bezirken zu bündeln.

Das wird letztlich auch vom Landkreistag mitgetragen, wengleich das Subsidiaritätsprinzip, die Nähe zu den Betroffenen, die Planungsprozesse vor Ort und insbesondere die Steuerungsmöglichkeiten bei den Kosten klar für die einheitliche Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte gesprochen hätten. Die örtlichen Träger wären ohne Zweifel auch in mindestens gleicher Weise geeignet.

Dennoch gab das bisherige Aufgabenvolumen für die Bezirke den Ausschlag. Mit der ambulanten und stationären Eingliederungshilfe sowie der stationären Hilfe zur Pflege sind sie zu mehr als 90 Prozent des Kostenvolumens schon heute zuständig. Bei den Landkreisen und kreisfreien Städten ist nach der Zuständigkeitsreform zum 1. Januar 2018 nur noch die ambulante Hilfe zur Pflege verblieben, da der Freistaat Bayern seine Zusage leider nicht eingehalten hat, die Hilfe zur Pflege insgesamt auf die örtliche Ebene zu verlagern. Angesichts dessen wäre kaum damit zu rechnen gewesen, dass nunmehr im Sinne einer großen Reform der gesamte Aufgabenbereich des Bundesteilhabegesetzes nach unten verlagert worden wäre. Damit einher geht allerdings ein Verlust an Steuerungsmöglichkeiten, der sich – wie die Erfahrung zeigt – in der Ausgabenentwicklung bemerkbar machen wird. Das muss vor allem auch den Gemeinden bei der Höhe der Kreis- und Bezirksamlagen bewusst sein.

Der Gesetzentwurf sieht also vor, dass nach Art. 82 AGSG-Entwurf (AGSG-E) ab dem 1. Januar 2018 die Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger – mit dem

BayTHG II dann ab 2020 als Träger der Eingliederungshilfe – für alle Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege zuständig sein werden. Im Bereich der Pflege bleiben die örtlichen Sozialhilfeträger zuständig für die Bedarfsplanung (seniorenpolitisches Gesamtkonzept, Art. 69 AGSG) und die Hinwirkungsverpflichtung zur Vorhaltung der notwendigen Einrichtungen und Dienste (Art. 71 ff. AGSG) sowie für die Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem Neunten Kapitel SGB XII, insbesondere für Altenhilfe nach § 71 SGB XII.

Wenn die Bezirke Leistungen der Eingliederungshilfe bzw. der Hilfe zur Pflege erbringen, sollen sie zukünftig auch für die existenzsichernden Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII zuständig sein. Die meisten Leistungsberechtigten werden daher nur noch von den Bezirken einen Leistungsbescheid bekommen. Nur wenn die Bezirke teilstationäre Leistungen als Sachleistung gewähren (etwa Besuch einer Tagespflege, einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung oder einer integrativen Kindertageseinrichtung), sollen die örtlichen Sozialhilfeträger die davon unabhängige Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung leisten. Die Bezirke können zahlreiche Aufgaben im Jahr 2018 noch auf die örtlichen Sozialhilfeträger delegieren, jedoch läuft diese Regelung zum 31. Dezember 2018 aus, um klare Zuständigkeitsverhältnisse zu haben.

So vorzugswürdig die Bündelung aller Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege bei den Bezirken auch sein mag, es werden dadurch nicht alle Schnittstellen ausgeräumt. Insbesondere die wechselseitige Zusammenarbeit beim seniorenpolitischen Gesamtkonzept der örtlichen Sozialhilfeträger und der inklusiven Teilhabepflege der überörtlichen Sozialhilfeträger muss gesetzlich vorstrukturiert werden. Dazu ist im Gesetzentwurf vorgesehen, dass die Träger auf beiden Ebenen eng zusammenarbeiten und dazu Kooperationsvereinbarungen abschließen sollen (Art. 84 Abs. 2 AGSG-E (BayTHG I) i.V.m. Art. 66e AGSG-E (Bayerisches Teilhabegesetz II – BayTHG II)). Dieser Regelungsvorschlag ist grundsätzlich zu begrüßen, muss jedoch zeitnah auf seine Tragfähigkeit in der Praxis hin überprüft werden.

Was im Gesetzentwurf der Staatsregierung fehlt, ist eine Evaluationsklausel zu den Kostenauswirkungen von Pflegestärkungsgesetz II und Pflegestärkungsgesetz III. Kostenfolgen, die sich aus diesen Pflege-

reformgesetzen für die bayerischen Kommunen ergeben, müssen unbedingt erhoben werden, um den Freistaat Bayern in die Lage zu versetzen, gegenüber dem Bund belastbares Datenmaterial zu haben. Denn eine Evaluationsklausel zu den Kostenauswirkungen dieser Gesetze ist im Gegensatz zu den Kostenauswirkungen des Bundesteilhabegesetzes in den Bundesgesetzen bedauerlicherweise nicht enthalten.

Die Bestimmung der Träger der Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz durch Landesrecht wie in Art. 66d AGSG-E (BayTHG II) zum 1. Januar 2020 vorgesehen, wird von den Kommunalen Spitzenverbänden wegen des neuen Aufgabencharakters und der wesentlichen Ausweitung der Standards für konnexitätsrelevant angesehen. Wegen des Ineinandergreifens der Teile I und II des BayTHG muss bereits im Zuge der Anhörung zum Teil I von der Staatsregierung anerkannt werden, dass Mehrkosten, die den Kommunen durch die neue gesetzliche Ausgestaltung entstehen, vom Freistaat erstattet werden müssen. Die finanziellen Auswirkungen der neu gestalteten Eingliederungshilfe ab 2020 können zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht quantifiziert werden. Dies erschwert eine entsprechende Kostenfolgenabschätzung im Gesetzesvorblatt. Zu fordern ist daher, für das BayTHG von vorneherein eine Evaluation vorzusehen und eine damit verbundene Revisionsregelung zwischen Staatsregierung und Kommunalen Spitzenverbänden zu vereinbaren.

Kommunale Mehrbelastungen durch die Flüchtlingskrise



Von Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die Kommunalen Spitzenverbände haben angesichts der hohen kommunalen Belastungen im Zusammenhang mit der Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern von der Staatsregierung eine stärkere finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene gefordert, die grundsätzlich außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs stattfinden muss. Als Grundlage für entsprechende Entlastungsmaßnahmen wurden der Staatsregierung in

regelmäßigen Abständen die den Kommunen entstandenen Belastungen offengelegt (sog. „Open-Book-Verfahren“). Nach den kommunalen Mehrbelastungen durch die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 in Höhe von 212,1 Mio. € (davon 89,7 Mio. € bei den Landkreisen), sind diese im Jahr 2016 um den Faktor 1,5 auf 333,4 Mio. € (davon 148,3 Mio. € bei den Landkreisen) angestiegen:

Aufgabenbereich	2015			2016		
	Kreisfreie Städte	Landkreise	Gesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Gesamt
	Betrag in Tsd. Euro Saldo aus Ausgaben und Einnahmen					
Errichtung und Betrieb von Unterkünften	27.720	15.744	43.464	26.549	20.835	47.384
Asylsozialberatung	6.029	2.127	8.156	26.587	4.436	31.023
Wirtschaftliche Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlinge (Zweckausgaben)*	Nicht erstattungsfähige Nettoausgaben der Bezirke, die über die Bezirksumlagen finanziert werden.		33.800	Nicht erstattungsfähige Nettoausgaben der Bezirke, die über die Bezirksumlagen finanziert werden.		57.000
Personal- und zugehörige Sachausgaben im Rahmen des Vollzugs des AsylbLG, wirtschaftliche Jugendhilfe, Ausländerwesen und weitere Aufgaben	42.717	62.539	105.256	60.045	104.865	164.910
Bildung und Erziehung (insbesondere Schulen und Kindertageseinrichtungen)	6.639	4.816	11.455	11.983	13.632	25.615
Weitere Aufgaben	2.081	4.495	6.576	1.801	4.572	6.373
Investitionen	3.437		3.437	1.112		1.112
Summe	88.623	89.721	212.144	128.078	148.340	333.417

* Istaussgaben der Bezirke im jeweiligen Erhebungsjahr für die Kostenerstattung nach Art. 52 AGSG. Die Ausgaben liegen abrechnungsbedingt deutlich unter den tatsächlich bei den Jugendämtern entstandenen Ausgaben für die Erhebungszeiträume.

In den Verhandlungen mit der Staatsregierung konnten erste Verbesserungen erreicht werden. So konnte beim Spitzengespräch in der Staatskanzlei am 01.12.2016 eine Verständigung dahingehend erzielt werden, dass der Freistaat Bayern den Bezirken die Jugendhilfekosten für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umA) bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres komplett und für über 18-jährige zum Teil für einen befristeten Zeitraum erstattet. Bis dato erfolgte die Erstattung nach dem Wortlaut des Gesetzes nur für die minderjährigen Flüchtlinge bis zum Abschluss des Asylverfahrens. Der Freistaat stellt nunmehr für volljährig gewordene umA, die noch Jugendhilfeleistungen beziehen, Mittel in Höhe von insgesamt 112 Mio. € bereit. Damit soll etwa die Hälfte der tatsächlich anfallenden Jugendhilfekosten im Jahr nach Eintritt der Volljährigkeit abgedeckt werden. Zudem soll die nur teilweise Erstattung ein Anreiz sein, stets sorgfältig zu prüfen, in welchem Umfang Jugendhilfeleistungen weiterhin unverzichtbar sind.

Darüber hinaus wurden in den Doppelhaushalt 2017/2018 insgesamt 71 zusätzliche Planstellen für die Landratsämter als Beitrag zum enorm gestiegenen Personalaufwand für die Betreuung der Flüchtlinge eingestellt.

Unbefriedigend ist indessen, dass noch keine Lösung für eine aufgabenbezogene Unterstützung der Kommunen bei den Integrationskosten gefunden wurde. Der Freistaat Bayern erhält hierfür in den Jahren 2016, 2017 und 2018 jeweils 312 Mio. € vom Bund. Eine angemessene Beteiligung der kommunalen Ebene daran lehnt er bislang ab. Die Kommunalen Spitzenverbände haben sich daher am 04.08.2017 erneut an Herrn Ministerpräsidenten Seehofer gewandt. Folgende Punkte wurden dabei in den Mittelpunkt der kommunalen Anliegen gestellt:

- Die im Rahmen der Erstunterbringung angefallenen und noch ungedeckten Kosten der Kommunen müssen zeitnah vom Freistaat übernommen werden.
- Bei der Betreuung von unbegleiteten jungen Volljährigen erwarten die Kommunalen Spitzenverbände zunächst eine tatsächlich hälftige Kostenbeteiligung des Freistaats und mit Blick auf die Kostenübernahmeregelung in den anderen Bundesländern in einem weiteren Schritt eine hundertprozentige Kostenerstattung der Sach- und Zweckausgaben.
- Aufgrund ihrer vielfältigen flüchtlingsbedingten Integrationsleistungen benötigen die Kommunen

einen angemessenen Anteil von den auf Bayern entfallenden Bundesintegrationsmitteln. Es darf zu keiner kalten Kommunalisierung der vor Ort anfallenden Integrationskosten kommen.

- Die Erarbeitung eines „Masterplans“ Integration auf Landesebene unter Beteiligung aller Akteure wird angeregt.
- Der Freistaat Bayern muss sich auf Bundesebene für eine angemessene Anschlussregelung für die Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte durch den Bund einsetzen.

Auch wenn der Freistaat Bayern unbestritten schon bisher erhebliche Leistungen für Flüchtlinge aus dem Staatshaushalt erbringt, brauchen die Kommunen eine weitere finanzielle Unterstützung, damit sie die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeberechtigung schultern können. Schließlich war es eine (bundes-)staatliche Entscheidung, die schutzsuchenden Menschen aufzunehmen. Es ist daher nur recht und billig, wenn die entstehenden Kosten nach Möglichkeit vollumfänglich vom Staat getragen werden.

Deutschlands Arzneimittelversorgung nach EuGH-Urteil: Heute hier, morgen fort?



Von Dr. Klaus Schulenburg, Referent für Gesundheit, Soziales und Krankenhauswesen beim Bayerischen Landkreistag und Dr. Hans-Peter Hubmann, Bayerischer Apothekerverband



Dank des medizinischen Fortschritts werden die Menschen immer älter und bleiben dabei länger gesund. Gerade im höheren Lebensalter werden die medizinische und pflegerische Versorgung immer wichtiger. Die Aufrechterhaltung einer gleichwertigen Versorgung in allen Landesteilen wird jedoch immer schwieriger. Sowohl die Ökonomisierung der Gesundheitspolitik wie auch veränderte Anspruchshaltungen der Patienten und der Leistungserbringer führen zu einer höheren Nachfrage nach höherwertigeren Leistungen, was zu einer Unterfinanzierung der Grundversorgung und des Notfallmedizinischen Leistungsspektrums führt. Gleiches gilt für den Bereich der Altenpflege. Der Bayerische Landkreistag erachtet die medizinische und pflegerische Versorgung älter werdender Menschen als eine Kernaufgabe der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Den Apotheken kommt dabei neben den Kreiskrankenhäusern, den Einrichtungen der Altenpflege und den Hausärzten eine zentrale Rolle zu. Nur mit einem engmaschigen Netz von Präsenzapotheken kann die Abgabe von rezeptpflichtigen Medikamenten, auch außerhalb normaler Geschäftszeiten, und die dazu notwendige Beratung der Patienten sichergestellt werden. Es ist daher wichtig, die Apotheken auch bei den Gesundheitsregionen(plus) mit einzubinden. Für die Versorgung des ländlichen Raums wäre es Richtungs politik notwendig, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Präsenzapotheken tragfähig bleiben. Daneben sollte der Mut gefunden werden, im Sinne von intersektoralen Versorgungskonzepten zumindest für den ländlichen Raum darüber nachzudenken, Apotheken neue Geschäftsfelder über die reine Versorgung mit Medikamenten hinaus zu eröffnen ohne aber den Kernbereich

der ärztlichen Leistungen zu tangieren. Die Politik darf nicht länger zuwarten, dass sich die Ärzte und damit die Medizin und alle daran angeschlossenen Leistungsangebote für älter werdende Menschen aus der Fläche zurückziehen. Dies wird eine der großen Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode.

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 19. Oktober 2016 hat bei Apothekerinnen und Apothekern allerdings für große Verunsicherung gesorgt. Demnach müssen sich Arzneimittelversandhändler aus dem EU-Ausland nicht an deutsches Recht halten, wenn sie rezeptpflichtige Medikamente nach Deutschland schicken. Sie umgehen die staatlich festgelegte Preisbindung, die aus Gründen des Patientenschutzes eingeführt wurde, und locken Patienten nun mit Boni oder dem Erlass der Zuzahlung bei Einlösung eines ärztlichen Rezeptes. Für deutsche Apotheken hingegen hat die Preisbindung nach wie vor volle Gültigkeit. Sie legt fest, dass ein rezeptpflichtiges Arzneimittel in jeder deutschen Apotheke denselben Preis hat. Die einzig sinnvolle politische Lösung ist nun ein Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln – und das aus mehreren Gründen.

Wir wollen, dass in einer Solidargemeinschaft alle Versicherten den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen haben. Die Senioren auf dem Land ohne Computer dürfen nicht schlechter gestellt sein als gutverdienende Single in der Großstadt. Eine Mutter in prekärer Lebenslage soll nicht erst den günstigsten Anbieter suchen müssen, wenn ihr Kind ein Arzneimittel verschrieben bekommt. Sie soll sich von Kompetenz, rascher Verfügbarkeit und Freundlichkeit leiten lassen können.

Feste Preise machen außerdem das Sachleistungsprinzip der Krankenkassen erst wirklich möglich. Auch Steuerungs- und Kostendämpfungsmechanismen wie Zuzahlungen und Festbeträge sind ohne transparente und einheitliche Preise für rezeptpflichtige Arzneimittel nicht denkbar. Die Arzneimittelpreisverordnung verhindert außerdem destruktive Wettbewerbsformen und sichert damit eine flächendeckende Arzneimittelversorgung der Bevölkerung durch ein Netz wohnortnaher Apotheken.

Rosinenpickerei durch Versandhändler und Marktverzerrung

Aus den Zahlen des Bundesgesundheitsministeriums zu den Gesamtausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung ergibt sich zwar, dass der ausländische Versandhandel bislang nur auf 1,2 Prozent Umsatzanteil kommt (384 Mio. Euro im Vergleich zu 31,84 Mrd. Euro im Jahr 2015 für Arzneimittel aus deutschen Apotheken). Doch auch wenn 99 von 100 gesetzlich krankenversicherten Patienten ihre Rezepte derzeit bei einer deutschen Apotheke einlösen, heißt das nicht, dass das so bleibt. Vielmehr ist mit einem plötzlich einsetzenden Rutschbahneffekt zu rechnen.

Erstens versuchen ausländische Versandhändler derzeit, ihren Marktanteil mit allen möglichen Werbemaßnahmen zu vergrößern. Zweitens ist damit zu rechnen, dass weitere Anbieter auf den Markt kommen, die von Investoren mit umfangreichem Kapital ausgestattet werden und in der Lage sind, auch längere Phasen ohne Betriebsgewinne durchzustehen, in denen sie mit einer Tiefpreispolitik die Konkurrenz vor Ort aus dem Markt drängen. Ist der Markt erst ‚bereinigt‘, können dann die Preise zu Lasten des Verbrauchers deutlich angehoben werden.

Deutsche Apotheken müssen per Gesetz bestimmte Gemeinwohlpflichten erbringen. Dazu gehören die Abgabe von Betäubungsmitteln, der Nacht- und Notdienst oder die Herstellung individueller Rezepturen, insbesondere für Kinder. Pflichten, die personal- und kostenintensiv und oftmals unrentabel sind. All das erbringen Versandhändler nicht. Sie können es sich also leisten, Rosinenpickerei zu betreiben. Ausländische Konzerne haben somit einen unbotmäßigen Vorteil gegenüber den inhabergeführten Apotheken vor Ort. Fairer Wettbewerb sieht anders aus. Die Konsequenz ist ein ruinöser Verdrängungskampf, dem viele Apotheken gerade in der Fläche zum Opfer fielen, was dort eine schlechtere Versorgung zur Folge hätte.

Apothekendichte in Deutschland unter EU-Durchschnitt

Allein in Bayern ist die Anzahl der öffentlichen Apotheken in den vergangenen fünf Jahren von 3.386 auf derzeit 3.204 gesunken. Derzeit gibt es gut 20.000 Apotheken in Deutschland. Mit 24 Apotheken auf 100.000 Einwohner liegt die Bundesrepublik zwar unter dem EU-Durchschnitt von 31, aber eine flächendeckende Versorgung zwischen Sylt und Chiemgau wird gewährleistet. Mit hohen Anforderungen an Erreichbarkeit, Kompetenz, Qualität und Service bedienen die Apotheken in Deutschland täglich 3,6 Millionen Patienten und geben jährlich 1,4 Milliarden Arzneimittel ab.

Auf Arzneimittel, die in Deutschland von Patienten oder Gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden, fallen zwar 19 Prozent Mehrwertsteuer an, die von ausländischen Anbietern als durchlaufender Posten genauso vereinnahmt und abgeführt werden wie von der Präsenzapotheke. Aber nur die Apotheken und ihre Inhaber in Deutschland bezahlen Gewerbe- und andere Steuern an den deutschen Fiskus. Durch die 20.000 Apotheken kommen jährlich etwa 300 Millionen Euro Gewerbesteuer zusammen. Das ist gerade in kleinen Kommunen nicht zu unterschätzen.

Sozial ist, was nah an den Menschen ist: Schnelle und kompetente Arzneimittelversorgung durch Apotheken vor Ort

Präsenzapotheken in Bayern bieten qualifizierte, ortsnahe Arbeitsplätze für rund 22.000 Menschen, leisten jährlich über 100.000 Nacht- und Notdienste und stellen pro Jahr 1,3 Millionen Standard- und Spezialrezepturen her – meist für Kinder und Allergiker –, um Patienten rund um die Uhr individuell vor Ort zu versorgen. Und wenn der Patient nicht zur Apotheke kommen kann, kommt die Apotheke zum Patienten: Jeden Tag führen Apotheken in Deutschland rund 250.000 Botendienste durch. Dabei wird im Gegensatz zum herkömmlichen Paketdienst nicht nur die sichere Zustellung direkt an den berechtigten Empfänger gewährleistet, sondern auch dessen Beratung durch pharmazeutisches Personal. Auch immobile Patienten, die nicht in der Apotheke betreut werden können, sind somit gut versorgt.

Übrigens können, dürfen oder wollen Arzneimittelversender etliche Versorgungsleistungen gar nicht übernehmen: Ob Antibiotika, Pille danach oder

Betäubungsmittel – in vielen Fällen ist die persönliche und sofortige Beratung und Versorgung so sensibel und wichtig, dass der Versand entweder gesetzlich untersagt (z. B. bei der Pille danach) oder aus zeitlichen Gründen nicht ratsam ist. Unsere Apotheken sind damit ein gelebtes Stück Sozialwesen. Denn sozial ist, was nah an den Menschen ist. Deswegen geht die Vorstellung, man bräuchte zusätzlich den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, um die Versorgung vor Ort zu verbessern, komplett an der Realität vorbei.

Der Arzneimittelmarkt in Deutschland ist ein hochkomplexes Räderwerk. Vom Hersteller über den Großhandel bis hin zur Apotheke ist jede Handelsstufe gesetzlich reguliert. Das ist politischer Wille. Würde man diese transparente und regulierte Kette an einem Ende aufbrechen, so müsste man das als logische Folge auch auf allen anderen Ebenen tun. Ein europarechtskonformes Versandhandelsverbot rezeptpflichtiger Arzneimittel würde die Komplexität des deutschen Arzneimittelmarktes deutlich reduzieren.

Bayerns Integrationsbeauftragte Schreyer im Schulterschluss mit den bayerischen Landkreisen

Die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung legt bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund großen Wert auf den Dialog mit allen Beteiligten. Mit Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident des Bayerischen Landkreistags, und Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, hat sie sich deswegen Mitte September über die Schwerpunkte ihrer zukünftigen Arbeit ausgetauscht.

Schreyer will dabei nicht nur die Geflüchteten in den Blick nehmen, sondern möchte den Fokus gerade auch auf die überwältigende Mehrheit unter den Menschen mit Migrationshintergrund, die keinen Fluchthintergrund haben, richten. So liegt ihr unter anderem die Zukunft der in Bayern lebenden türkischen Frauen besonders am Herzen. Anders als türkische Männer, die Deutsch lernten und einen Beruf ausübten, wären die Frauen noch zu oft durch mangelnde Deutschkenntnisse und eine fehlende Berufsausbildung nach den Erziehungsjahren ihrer Kinder isoliert. Hier könne die Integration über den Arbeitsmarkt ein wichtiger Schritt sein.

Aber auch eine gute Integrationsperspektive der nach Deutschland gekommenen Asylbewerber und Flüchtlinge mit Bleiberecht steht auf der Agenda von Schreyer. Diese hänge maßgeblich von den Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt ab. Ebenso wie Bayerns Integrationsbeauftragte legt der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, hier Wert auf die Einhaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen. „Die Bayerische Staatsregierung hat bereits im Mai dieses Jahres klare Vorgaben für die Beschäftigungs- bzw. Ausbildungserlaubnis für Asylbewerber geschaffen, die wir als staatliche Landratsämter unterstützen. Menschen mit Bleiberecht oder Bleibepers-

spektive sollen über den Arbeitsmarkt schnell und gut in unsere Gesellschaft integriert werden. Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, d.h. deren Asylverfahren keinen Erfolg hatte, müssen in ihre Heimat zurück. Die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis ist hier mit Ausnahme von Einzelfällen also nicht möglich. Ist die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber in absehbarer Zeit nicht realisierbar, prüfen unsere Ausländerbehörden die Voraussetzungen einer befristeten Beschäftigungserlaubnis.“ Bernreiter versicherte Schreyer im Gespräch, sich auf Ebene der Bezirksverbände und der Regierungen für eine faire und abgestimmte Bewertungspraxis durch die Ausländerbehörden in diesen Fällen einzusetzen, auch wenn die Asylfrage den staatlichen Bereich der Landratsämter betrifft. „Die Identität muss geprüft sein, verschiedene Vorgaben wie beispielsweise Sprachkenntnisse erfüllt werden und es muss klar sein, dass der abgelehnte Asylbewerber nicht zurück in sein Heimatland kann.“



Von links nach rechts: Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident des Bayerischen Landkreistags, die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Kerstin Schreyer, MdL, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag

Zukunft der Mobilität im ländlichen Raum

Gedanken aus der Sicht eines ÖPNV-Aufgabenträgers abseits der Ballungsräume

*Von Peter Zimmert, Landratsamt Tirschenreuth,
Öffentlicher Personennahverkehr
Geschäftsstelle Verkehrsgemeinschaft Tirschenreuth*

Bedingt durch den demografischen Wandel, durch Entwicklungen im Freizeitverhalten und im beruflichen Bereich, wird der ÖPNV mit entsprechenden Anforderungen konfrontiert, auf die das bestehende Personenbeförderungsgesetz allein keine sinnvollen Antworten geben kann. Es stehen in Zukunft nicht mehr das Konzessionswesen, Fahrpläne und Haltestellen im Vordergrund, sondern schlicht und einfach der Wunsch des Fahrgastes, zu einer ihm passenden Zeit von A nach B zu gelangen. Um diesem Wunsch gerecht zu werden, müssen alle zur Verfügung stehenden Beförderungsmöglichkeiten verknüpft werden, um eine möglichst nahtlose Mobilitätskette anbieten zu können. Die Angebote müssen flexibler werden, zeitlich wie räumlich. Es geht darum, alle Ressourcen zu nutzen: „Klassische“ Linienverkehre, flexible Bedienformen, SPNV, Mitfahrzentralen und Car Sharing. Während in den Ballungsräumen diese Mobilitätsketten in der Regel vorhanden sind (U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn, Linienbusse), besteht der ÖPNV im ländlichen Raum lediglich aus Linienbussen und wenigen Bahnhöfen im SPNV. In den Ballungsräumen sind auch grundsätzlich Verbünde gegründet, die sämtliche Angebote verknüpfen. Diese Verknüpfung ist im ländlichen Raum nur sehr sporadisch vorhanden und wenn, dann nicht umfassend. Die Verknüpfung bezieht sich nicht nur auf die Verkehrsangebote, sondern auch auf die Kundeninformation. Dazu kommen noch die optimale Ausnutzung der technischen Möglichkeiten und deren ständige Fortschreibung.

Zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ist es unerlässlich, den Zugang zum ÖPNV einfach zu gestalten. Dazu gehören die Barrierefreiheit, aber auch die Beschaffung der Fahrkarten und die Ausstattung der Fahrzeuge.

Die bisherigen Organisationseinheiten sind zu kleinteilig. Aufgabenträger sind in der Regel die Landkreise oder kreisfreien Städte. Die Verbünde in den Ballungs-

räumen haben diese Grenzen schon lange überwunden. Nur der ländliche Raum zergliedert sich in viele kleine Verkehrsgemeinschaften mit teilweise unterschiedlicher Tarifstruktur. Als Ziel sollte deshalb eine Lösung angestrebt werden, welche die ländlichen Regionen zu einem Verkehrsverbund zusammenfasst. Die sieben bestehenden Verkehrsverbünde der Ballungsräume in Bayern könnten durch drei Verbünde der ländlichen Regionen ergänzt werden. In diesen neuen Verbänden sollten sich diejenigen Aufgabenträger zusammenschließen, die keinem der großen Verbünde der Ballungsräume angehören. Als Arbeitsgrundlage könnten sich die drei ländlichen Verbünde aus den Aufgabenträgern in Unterfranken und Mittelfranken (Verbund 1), Verbund 2 aus den Bezirken Schwaben und Oberbayern und Verbund 3 aus den Bezirken Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern zusammensetzen. Überschneidungen sind natürlich denkbar, ebenso wie grenzüberschreitender Verkehr. Landkreisgrenzen, Bezirksgrenzen und auch Bundesgrenzen dürfen keine Hindernisse mehr darstellen. Ein wesentlicher Grund für die Schaffung von Verbänden im ländlichen Raum ist die völlig unterschiedliche Struktur in allen Bereichen. Während der größte Kostenfaktor in den Ballungsräumen die Infrastruktur ist, können die Betriebskosten durch die Fahrgeldeinnahmen weitgehend abgedeckt werden. Genau umgekehrt verhält es sich im ländlichen Raum. Deshalb sollten die Förderinstrumente der öffentlichen Hand diesen Sachverhalt deutlicher berücksichtigen.

Speziell im ländlichen Raum haben die Aufgabenträger mit rückläufigen Einnahmen, steigenden Kosten und sinkenden öffentlichen Förderungen zu kämpfen. Das bedeutet, dass es noch größerer Anstrengungen bedarf, um einerseits die vorhandenen Mittel effektiver einzusetzen, andererseits zu versuchen, den ÖPNV attraktiver zu machen, um die Einnahmesituation zu verbessern.

Leider sind die Förderungen für alternative Bedienformen im ÖPNV zeitlich begrenzt. Nach einigen Jahren degressiver Förderung bleiben die Kosten zu 100 % beim Aufgabenträger. Deshalb ist die Bereitschaft der Aufgabenträger, innovative Verkehrsmodelle einzufüh-



ren, nicht sehr hoch. Hier würde eine Förderung mit gesetzlichem Anspruch, zeitlich nicht begrenzt, zu einem deutlichen Anstieg des Angebots führen. Eine gesetzliche Grundlage würde nicht nur Planungssicherheit für die Aufgabenträger, sondern auch für die

Verkehrsunternehmen mit sich bringen.

iMONA: Eine Region verknüpft Personenverkehr und Nahversorgung zu zukunftsfähiger Mobilität

Neue Forschungsprojekte für Regionen im Wandel.
Die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“

„iMONA“ macht Mobilität und Nahversorgung in ländlichen Regionen zukunftsfähig. Gemeinsam mit Dresdner Verkehrswissenschaftlern entwickelt der bayrische Landkreis Freyung-Grafenau dafür ein tragfähiges Verkehrs- und Versorgungsnetz.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Projekt im Rahmen von „Kommunen innovativ“. Diese Fördermaßnahme unterstützt Kommunen, die im Verbund mit Wissenschaft nachhaltige Strategien für Ortsentwicklung, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen erforschen und anwenden. Ihr Fokus dabei: ein verantwortungsvoller Umgang mit Land- und Flächenressourcen.

Vernetzte Mobilität

Der Landkreis Freyung-Grafenau, der östlichste Landkreis Bayerns, will durch nachhaltige Mobilität die Lebensqualität der Menschen vor Ort erhöhen. Öffentliche und medizinische Einrichtungen, in der Region unterschiedlich weit entfernt, sollen auch künftig gut erreichbar sein, auch für Menschen ohne eigenes Fahrzeug. Zugleich soll eine kontinuierliche Nahversorgung mit Lebensmitteln und anderen Waren garantiert werden.

„Intelligente Mobilität und Nahversorgung für den Landkreis Freyung-Grafenau“ heißt das „iMONA“-Forschungsprojekt mit vollständigem Titel. Es entwickelt ein stabiles Verkehrs- und Versorgungsnetz, das unterschiedliche Mobilitätsangebote miteinander verknüpft und über ein Informations- und Buchungssystem abrufbar macht. Die Innovation dabei: Personentransport und Güterverkehr werden miteinander verbunden, öffentlicher Nahverkehr und

privat-gemeinschaftliche Mobilität ergänzen sich. Die Wissenschaftler der Technischen Universität Dresden entwickeln dafür ein passendes Betreiberkonzept, loten Finanzierungsmöglichkeiten aus und übernehmen die Evaluation der pilothaften Umsetzung.



Haltestelle für Reisende und Waren: „iMONA“ verknüpft Personen- mit Warenverkehr. (Foto: Nahverkehrsberatung Süd-West)

Herzstück: Die Mobilitäts-Stationen

Herzstück des Vorhabens ist die Einrichtung von Mobilitäts- und Versorgungsstationen an geeigneten Standorten in den Kommunen des Landkreises. Einerseits sind sie Haltestellen für Reisende, andererseits Lieferpunkte für Waren des persönlichen Bedarfs. So könnte sich beispielsweise die nicht-mobile Bevölkerung Waren dort anliefern lassen, die sie telefonisch oder via Internet bestellt hat. Die Belieferung von Kleinstbetrieben wie Dorfsupermärkten oder Pensionen und Gasthäuser via Mobilitäts-Station ist ebenso möglich.

Im Projekt werden zunächst in einer Testphase Produkte der Grundversorgung über eine mit den Beteiligten abgestimmte Einkaufsliste angeboten. Diese Einkäufe werden vom Verkäufer über das Buchungssystem als Mitfahrwunsch eingestellt und dem Transportunternehmen übergeben. Für die Rückgabe der leeren Transportbehälter stehen dann dezentrale Paketkästen oder die Versorgungsstationen zur Verfügung.

Vor der Errichtung der Mobilitäts- und Versorgungsstationen und deren Testbetrieb steht die genaue Bedarfserkundung geeigneter Standorte. Diese ermitteln die Forschungspartner gemeinsam mit den Bewohnern des Landkreises.

Breit getragenes Angebot

In „iMONA“ einbezogen sind neben der Bevölkerung des Landkreises auch die betreffenden Unternehmen: Firmen des öffentlichen Personennahverkehrs, Taxi-

unternehmen, Unternehmen des Einzelhandels sowie auch private Fahrer und Car Sharer. Das Mobilitätsnetz umfasst neben Bussen und Bahnen auch private Mitfahr-Angebote. So kann ein breites Angebot unterschiedlicher Fahrmöglichkeiten sichergestellt werden.

Profitieren sollen von „iMONA“ alle Akteure: Die Bevölkerung erhält ein zukunftsfähiges Mobilitäts- und Versorgungsnetz. Die Verkehrsunternehmen stärken ihre Wirtschaftlichkeit. Die Gemeinden kommen ihrer Daseinsvorsorgepflicht effizienter nach und erhöhen die regionale Lebensqualität. Für Erzeuger und Händler ergeben sich neue Absatzmärkte.

Nach Ende des Forschungsprojekts will der Landkreis Freyung-Grafenau die mobile Strategie weiterhin praktizieren. Die Ergebnisse des Pilotvorhabens für intelligente Mobilität und Nahversorgung sollen dann auch anderen Kommunen zur Verfügung stehen.

(LRA Freyung-Grafenau)

MVV-RufTaxis als sinnvolle Ergänzung des Nahverkehrsangebotes im Landkreis Fürstenfeldbruck

Von Dipl.-Geogr. Hermann Seifert, Leiter Stabsstelle ÖPNV, Landratsamt Fürstenfeldbruck

Zusammenfassung

Bedarfsgesteuerte Verkehre wie das MVV-RufTaxi haben sich im Landkreis Fürstenfeldbruck als wichtiger Bestandteil des Öffentlichen Nahverkehrs etabliert und bieten den Fahrgästen in Kombination mit dem MVV-Regionalbusverkehr ein Rund-um-die-Uhr-Angebot.

Rahmenbedingungen

Der Landkreis Fürstenfeldbruck, einer von acht MVV-Verbundlandkreisen, grenzt westlich an die Landeshauptstadt an und ist nach dem Landkreis München Bayerns am zweitdichtest besiedelter Landkreis. Charakteristisch ist die „Zweiteilung“ in ein östliches verstädertes Gebiet mit 7 Städten und Gemeinden (auf 28 Prozent der Fläche wohnen mehr als drei Viertel der Bevölkerung) und in den eher ländlich geprägten Landkreiswesten mit 16 Gemeinden. Die Verkehrs-



ströme im Landkreis sind aus Westen und Norden in Richtung Kreisstadt überwiegend monozentrisch ausgeprägt. Noch stärker ist dieser Effekt bei Verkehrsbeziehungen über das Landkreisgebiet hinaus nach München.

Ausgangssituation und Zielsetzung

Bis 1998 gab es im Landkreiswesten in den Abendstunden so gut wie kein Regionalbusangebot. Für



Fürstenfeldbruck als einem von zwei bayerischen Musterlandkreisen für den Agenda 21-Prozess hatte daher die Verbesserung des Nahverkehrs am Abend und an Wochenenden hohe Priorität. Für die Einrichtung eines Anrufsammeltaxis (AST) wurden u.a. folgende Grundsätze erarbeitet:

- Das AST fährt nur bei Bedarf (keine Fahrgäste = keine Kosten) und ist in Zeiten schwacher Fahrgastauslastung ökologischer und ökonomischer als der Linienbus.
- Die Beförderung erfolgt auf dem kürzesten Linienweg (keine festen Routen).
- Das AST fährt in festen Zeiträumen, aber nur nach vorheriger Anmeldung.

Um eine zuverlässige Beförderung in der Fläche sicherzustellen, wurden AST-Fahrten überwiegend von bestimmten Startpunkten aus durchgeführt. Gleichzeitig konnten aber alle im gesamten Einzugsgebiet befindlichen Linienbushaltestellen als Ziel angefahren werden. Dies war von Anfang an attraktiv, da auch das westliche Landkreisgebiet über ein dichtes Haltestellennetz mit relativ geringer Entfernung zwischen Wohnung und Bushaltestelle verfügte. Inzwischen ist mit Fahrplanstand 2017 die nächstgelegene Haltestelle schon für mehr als 94 Prozent der Wohnadressen nicht weiter als 400 m entfernt.

Kontinuierliche Weiterentwicklung

Danach setzte eine rasante Erfolgsstory mit von Jahr zu Jahr weiter steigenden Fahrgastzahlen ein. Aus 5.299 Fahrgästen im Jahr 1998 wurden im Jahr 2000 (in dem das AST-Konzept den Bayerischen Nahverkehrspreis erhielt) knapp 26.000 und bis 2015 knapp 70.000 Fahrgäste.

In gleichem Maße wie sich die Fahrgastzahlen entwickelten, wurde das System in einer Art Wechselwirkung zwischen steigenden Beförderungsfällen und Systemverbesserungen kontinuierlich optimiert. Zwei auf Gemeindebasis verkehrende kleinere Anrufsammeltaxis aus dem östlichen Gebiet wurden integriert, Taktangebote verdichtet und die Betriebszeiten bis ca. 6:00 Uhr des Folgetages ausgeweitet. Da die meisten Linienbusse werktags ab ca. 5:30 Uhr einsetzen, wird den Fahrgästen somit ein „24-Stunden-Service“ geboten.

Aus „Anrufsammeltaxi“ wird „MVG-RufTaxi“

Der nächste Meilenstein konnte 2015 über eine nach Laufzeitende der Verkehrsverträge erforderliche Neuausschreibung erreicht werden. Das Landkreisgebiet

wurde in sieben neue Bedienungskorridore eingeteilt, von denen einer zentral das Gebiet der Kreisstadt Fürstenfeldbruck und der benachbarten Gemeinde Emmering abdeckt. Die anderen sechs Korridore schließen sternförmig an und orientieren sich an den Fahrtrouten der wichtigsten Linienbusbündel. Seit Dezember 2016 ist dieser Prozess abgeschlossen, das gesamte Landkreisgebiet verfügt über ein RufTaxi-Angebot. Der für den Fahrgast entscheidende Vorteil ist die Integration des früher eigenständigen AST-Tarifes in den Verbundtarif des Münchner Tarif- und Verkehrsverbundes (MVG). Aus Anrufsammeltaxis wurden nun also MVG-RufTaxi-Linien, die nicht nur telefonisch, sondern auch per Internet, E-Mail oder über die Smartphone-App des MVG bestellt werden können. Über die elektronische Fahrplanauskunft (EFA) abgerufene Fahrtwünsche werden je nach Uhrzeit automatisch als Verbindungen mit Bus, RufTaxi oder einer Kombination (auch mit S-Bahn) angezeigt. Fahrgästen mit einer für das zu befahrende Tarifgebiet gültigen MVG-Fahrkarte z.B. einer Tages-, Monats- oder Jahreskarte entstehen für die RufTaxi-Fahrt keine zusätzlichen Kosten. Diese einfache Tarifregelung aus einem Guss mit einer einheitlichen Fahrkarte für jedes MVG-Verkehrsmittel hat nun für einen weiteren sprunghaften Anstieg der Nutzerzahlen gesorgt. So hatten die RufTaxis schon 2016 knapp 76.000 Fahrgäste befördert, obwohl Buslinien neu eingeführt und die Busbetriebszeiten am Abend und an den Wochenenden aufgrund steigender Nachfrage ausgeweitet wurden. Da ein Parallelbetrieb von Linienbus und RufTaxi aus wirtschaftlichen Gründen zu vermeiden ist, erfolgt jährlich eine aufeinander abgestimmte Anpassung beider Verkehre. Werden in den frühen Abendstunden in den RufTaxis so hohe Besetzungszahlen registriert, dass der gleichzeitige Einsatz mehrerer Fahrzeuge die Folge wäre, wird der Busbetrieb am Abend verlängert und der RufTaxi-Betrieb beginnt entsprechend später. Trotzdem konnte für das erste Halbjahr 2017 wieder ein so hoher Fahrgastzuwachs registriert werden, dass für das gesamte Kalenderjahr ein Überschreiten der Marke von 100.000 RufTaxi-Fahrgästen nicht mehr ausgeschlossen wird.

Die Kosten für das landkreisweite System betragen mit Stand 12/2016 ca. 1,1 Mio. €/Jahr. Zum einen sind damit aber Synergieeffekte für die Fahrgeldeinnahmen auf den Linienbussen verbunden, da das RufTaxi-System der Kundengewinnung dient (wer z.B. abends mit dem RufTaxi vom Bahnhof nach Hause kommt, wird untertags eher mit dem Linienbus zum Bahnhof fahren). Zum anderen dürften sich die Ausgaben, in denen ein hoher Fixkostenanteil für die Bereitstellung

von Telefonzentrale und Fahrzeugpersonal enthalten ist, aufgrund der zunehmenden Wirtschaftlichkeit (höhere Fahrzeugauslastung, tendenzielle Substitution durch Linienbusse) künftig eher nach unten bewegen.

Das RufTaxi-Konzept im Detail

Eine Anmeldung ist bis spätestens 45 Minuten vor der im Fahrplan genannten Abfahrtszeit möglich. Die Zentrale ist werktags von 17:30 Uhr bis 5:45 Uhr erreichbar, an Wochenenden und Feiertagen ganztags. Möglich ist die Mitnahme von Kinderwägen, Gehhilfen oder Rollstühlen. Dies ist lediglich bei der Anmeldung mitzuteilen, da dann geeignete Fahrzeuge eingesetzt werden. Ebenso können Daueraufträge erteilt werden. Es gilt der MVV-Tarif, bei dem lediglich die Kurzstreckenregelung ausgenommen ist, da die RufTaxis keine feste Route fahren, sondern entsprechend der zu befördernden Fahrgäste die kürzeste Strecke zwischen Ein- und Ausstiegshaltestelle. Weiterführende Informationen sowie Fahrpläne und Netzpläne gibt es unter www.mvv-muenchen.de/ruftaxi.

Ausblick

Aufgrund seines Modellcharakters hat es das im Landkreis Fürstfeldbruck betriebene MVV-RufTaxi als beispielhaftes Nahverkehrssystem in das EU-Interreg Projekt ASTUS (Alpine Smart Transport and Urbanism Strategies) geschafft. Das Projekt steht unter der Thematik „CO₂-armer Alpenraum“ und soll bis Ende 2019 abgeschlossen sein. Darüber hinaus arbeitet der

Bilder: Landratsamt Fürstfeldbruck

Landkreis Fürstfeldbruck an einer landkreisweiten, ggf. auch landkreisübergreifenden, Koordinierung multimodaler Verkehrsknotenpunkte unter Einbeziehung von Leihrad- und Carsharing-Systemen sowie am Aufbau einer Mobilitätszentrale. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss hat der Kreistag am 19. Juni diesen Jahres einstimmig verabschiedet. Künftige Schwerpunkte unserer Nahverkehrsplanung werden unter dem Überbegriff „Mobilität 4.0“ die Themenbereiche Digitalisierung und Vernetzung sein.

Fast 38.000 Fahrgäste im letzten Jahr – Rufbussystem im Landkreis Neumarkt i.d.OPf entwickelt sich sehr gut

Ob zum Einkaufen, zum Arztbesuch oder einfach zum Treffen mit Freunden zu fahren, der Rufbus im Landkreis Neumarkt i.d.OPf bietet seinen Fahrgästen viele Möglichkeiten, denn er verbindet als Ergänzung zu den Regionallinien fast alle Ortsteile mit dem Gemeindehauptort und der Stadt Neumarkt.

Im vergangenen Jahr nutzten bereits nahezu 38.000 Fahrgäste das Rufbussystem im Landkreis. Das bedeutet eine Steigerung um fast 10.000 Fahrgäste im Vergleich zum Vorjahr. „Damit etabliert sich das Ruf-

bussystem Schritt für Schritt als Daseinsvorsorge in Sachen Mobilität für Jung und Alt in unserem Landkreis“, freute sich Landrat Willibald Gailler zusammen mit seinen Mitarbeitern Isabel Meier, Michael Endres und Michael Gottschalk bei der Auswertung der Nutzerzahlen 2016.

Im Zeichen des demografischen Wandels wird es auch für den ländlichen Raum immer wichtiger, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen, um als Standort attraktiv zu bleiben. Um die



V.l.n.r.: Franz Brandl vom Busunternehmen Steidl, Bürgermeister Ludwig Eisenreich aus Berching, Landrat Willibald Gailler, Sachgebietsleiter Michael Endres, Sachbearbeiterin Isabel Meier und Abteilungsleiter Michael Gottschalk

Grundversorgung für Familien, Auszubildende und ältere Personen, die keinen eigenen PKW haben, zu verbessern, wurde daher Zug um Zug ein Rufbus-

system aufgebaut. Ein entsprechendes Pilotprojekt mit den Gemeinden Deining und Velburg begann bereits im August 2011. Im Laufe des Jahres 2012 und 2013 kamen Rufbusysteme in Postbauer-Heng und Pyrbaum sowie in Berg, Lauterhofen, Pilsach, Breitenbrunn, Dietfurt, Hohenfels, Lupburg und Parsberg hinzu. 2014 folgte Berching, Seubersdorf und Mühlhausen sowie Anfang 2016 noch Tyrolsberg.

Seit April letzten Jahres verfügt der Landkreis mit der Einführung des Rufbusses Freystadt/Berggau über ein flächendeckendes System.

Bei der Auswertung der Nutzerzahlen zeigte sich, dass in den zuletzt eingeführten Gemeinden die Resonanz noch verbessert werden kann. Deshalb will man hier verstärkt in die Werbemaßnahmen über ortsteilbezogene Fahrpläne einsteigen, so die ÖPNV-Verantwortlichen.

„Wir können die Rufbusse mittlerweile als Erfolgsgeschichte bezeichnen“, freute sich der Landkreischef. „Doch auch das, was gut läuft, kann immer verbessert werden.“ (*LRA Neumarkt i.d.OPf.*)

Landkreis Passau gibt Gas in Sachen öffentlicher Personennahverkehr

Der Landkreis Passau als drittgrößter Flächenlandkreis im Freistaat gibt Gas bei seinem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Seit 2010 werden Netz und Angebote sukzessive verbessert, um auch Anschluss in kleinen Weilern zu gewährleisten. Und das zu günstigen Konditionen. Die Pläne, die der Landkreis Passau in Sachen öffentlicher Personennahverkehr schmiedet, sind „europaweit einmalig“, bescheinigt Dr. Thomas Huber, zuständig für Verkehrsplanung bei der Deutschen Bahn Region Bus, der die ÖPNV-Initiative begleitet.

Sieben Hauptkorridore

Das Grundgerüst der verbesserten Anbindung des gesamten Landkreises an das Zentrum Passau wurde mit der ÖPNV-Offensive 2010 errichtet. Zunächst wurden sieben Hauptkorridore vom Land in die Stadt eingerichtet, auf denen der Stundentakt gilt.

Das Fahrverhalten der Kunden

Der Kunde, das unbekannte Wesen. Um das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung zu erkunden, startete der Landkreis Passau im Sommer 2014 eine Studie: „Wir wollen alle Bewohnerinnen und Bewohner in unserem Landkreis ansprechen, also mit Ihnen allen gemeinsam die Zukunft planen. Wir wollen kein theoretisches Gutachten, sondern konkrete Antworten“, ermunterte Landrat Franz Meyer die Bevölkerung zum Mitmachen. Denn um diese Antworten zu bekommen, wurden Fragebogen verteilt: Welche Verkehrsmittel bevorzugen die Menschen – also Auto, Fahrrad, Bus oder Bahn? Gehen sie viel zu Fuß? Wann sind sie unterwegs und zu welchem Zweck; können sie ihre Fahrten flexibel gestalten oder müssen sie zu bestimmten Zeiten am Ziel sein? Insgesamt wurden rund 140.000 Fragebogen an die Haushalte über die Tages- und Wochenzeitungen, über die Schulen an die Schüler und in den Bussen verteilt.

Das Ergebnis: 10.000 Fragebogen kamen ausgefüllt zurück, angesichts von 77.000 Haushalten im Landkreis Passau bewerteten die Verantwortlichen das als „super Ergebnis“. Um ein noch breiteres Meinungsspektrum zu erschließen, wurden ab Herbst 2014 Bürgerforen vor Ort abgehalten.

Mobilitätszentrale

Ein Ergebnis der Befragung war, dass nicht nur die ältere Bevölkerung bei Fragen zu Tarifen und Fahrplan persönliche Beratung bevorzugt. Diesen Wunsch berücksichtigte der Landkreis Passau mit der Einrichtung einer Mobilitätszentrale als persönlicher Fahrplanassistent. Eröffnung war im August 2016. Vier Mitarbeiter stehen seither für individuelle Beratung persönlich oder telefonisch in den gut erreichbaren Räumen nahe des Passauer Hauptbahnhofs zur Verfügung. Natürlich nimmt die Mobilitätszentrale auch die Buchung für den Rufbus entgegen.

Die Mobilitätszentrale in Passau ist montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeiten kann der Rufbus in der Fahrtwunschzentrale gebucht werden.

Seit 2017 sind Rufbusbuchung und Fahrplanauskünfte außerdem online über die Homepage www.immermobil-passau.de möglich.



*Telefonische oder persönliche Auskünfte über Tarife und Fahrpläne erteilen die Mitarbeiter der Mobilitätszentrale im Büro nahe des Passauer Hauptbahnhofs. Hier kann auch der Rufbus gebucht werden.
(Foto: R. Ehm-Klier/innpressum.de)*

Rufbus

Der Rufbus bringt mehr Mobilität aufs Land. Das Haltestellennetz im Landkreis Passau wurde mit der Einführung des Rufbusses im September 2016 um 160 auf 1.200 erweitert. Das heißt: Der ÖPNV erreicht weitere Weiler und bringt die Bewohner zum nächsten Hauptkorridor von oder nach Passau. Aber auch Querverbindungen innerhalb des Landkreises sind möglich. Der Rufbus muss mindestens eine Stunde vor der geplanten Abfahrt telefonisch oder im Internet gebucht werden. Der Kunde wird dann je nach Wunsch telefonisch, per SMS oder per E-Mail über seine Abfahrtszeit informiert. Der Vorteil: Es müssen nicht auf Verdacht teure Linien eingerichtet werden, auf denen dann „Geisterbusse“ unterwegs sind.

Seit Einführung im September 2016 gibt es Linien, die gut angenommen werden, zum Beispiel Eging-Vilshofen mit über 60 Buchungen im Monat, andere werden gar nicht gebucht. Da es sich um ein dynamisches System handelt, kann immer wieder auf die Bedürfnisse reagiert werden. Die Bilanz lässt sich sehen: Seit Einführung des Rufbusses im September 2016 bis Ende Juli 2017 gab es bereits 5.541 Buchungen, 7.716 Menschen wurden auf 3.757 Fahrten befördert.

Abend- und Nachtbusse

Weiteres Ergebnis der Mobilitätsstudie ist die Einführung von Abend- und Nachtverbindungen. Vor allem Berufstätige sowie Theater- oder Kinobesucher aus



*Werben für den Rufbus: Passaus Landrat Franz Meyer (M.) mit den ÖPNV-Experten des Landratsamts, Manfred Süß (r.) und Maximilian Sommer
(Foto: R. Ehm-Klier/innpressum.de)*



dem Landkreis wünschten sich eine spätere Verbindung ab Passau in den Landkreis. Die Abend- und Nachtbusse gehören ebenfalls zum Rufbus-System. Das heißt: Sie kommen nur nach frühzeitiger Buchung und fahren von montags bis samstags um 20.30 und um 22.30 Uhr ab Passau zu den Haltestellen auf den sieben Hauptkorridoren im Landkreis, an Sonn- und Feiertagen um 21 Uhr. Knapp 1.700 Kunden haben seit der Einführung den Abendbus bestellt (Stand: Juli 2017).



Kommt auf Bestellung: Der Rufbus startet auch noch abends auf sieben Strecken in den Landkreis Passau. (Foto: R. Ehm-Klier/innpressum.de)

Günstige Tickets

Wenngleich in einem Flächenlandkreis der ÖPNV das Auto nicht vollständig ersetzen kann, so erleichtert der Landkreis Passau die Entscheidung, den fahrbaren Untersatz stehen zu lassen, durch günstige Fahrkarten. Ausdrücklich für erwachsene Berufstätige wurde die Umweltsuperkarte kreiert. Sie gilt auf einer bestimmten Strecke. Der Preisvorteil: „Sechs Monate zahlen, zwölf Monate fahren“, so Manfred Süß, Fachbereichsleiter ÖPNV am Landratsamt Passau. Sechs Monate lang zahlt der Nutzer die Fahrtkosten selbst, ab dann ist er gratis unterwegs, denn für den Rest des Jahres übernehmen der Landkreis Passau (vier Monate) sowie die Verkehrsgemeinschaft Landkreis Passau (VLP) die Gebühren. Als weiteren Anreiz erhält der Käufer einer Umweltsuperkarte das RufbusTicket und das Öko-Netzticket für jedermann (siehe übernächsten Absatz) obendrauf und spart sich damit weitere 90 Euro im Jahr und gewinnt dadurch noch mehr freie Fahrten.

Ein Angebot für Landkreisbewohner, die sich ihre Fahrten zum Beispiel zum Arzt oder Einkauf flexibel

einteilen können, ist das Öko-Netzticket für Jedermann. Der Inhaber hat damit täglich ab 14 Uhr freie Fahrt auf allen Strecken im Landkreis bzw. nach Passau. In den Schulferien und an Wochenenden sind Busse und regionale Bahnangebote ab 9 Uhr kostenlos nutzbar. Der Preis: 45 Euro im Jahr: „Das sind zwölf Cent am Tag, das ist schon ein besonderes Angebot“, betont Manfred Süß. Die Botschaft kommt langsam an. Die Zahl der Öko-NetzTickets ist von 3.446 im Jahr 2014 auf derzeit 3.567 gestiegen.

Mit der Einführung des Rufbusses im September 2016 wurde auch das RufbusTicket geschaffen. Das heißt: Die Nutzung des Rufbusses ist gratis. Auch diese Fahrkarte, die ein Jahr gültig ist, kostet nur 45 Euro im Jahr.



Der Bus bringt Mobilität aufs Land: Der Landkreis Passau hat die Zahl der Haltestellen um 160 auf nun rund 1.200 erweitert. (Foto: Regionalbus Ostbayern)

Eine ÖPNV-Bilanz

Rund neun Millionen Euro investiert der Landkreis jährlich in den ÖPNV, wobei 6,5 Millionen Euro allein für die Schülerbeförderung ausgegeben werden, schlüsselt Manfred Süß auf. Mit zweieinhalb Millionen Euro wird der restliche ÖPNV im Landkreishaushalt geführt.

Doch die Erfolgskurve zeigt nach oben: 480 Umweltsuperkarten waren 2014 verkauft worden, zurzeit sind es schon 548, „das ist ein Plus von fast 15 Prozent“, freut sich Manfred Süß über immer mehr Pendler, die umsteigen.

Und die Entwicklung des ÖPNV im Landkreis Passau geht weiter. Nächstes Ziel ist, dass eine komplette Reise in der Mobilitätszentrale gebucht und bezahlt werden kann. (LRA Passau)

Die Schlüsselrolle der Landkreise in der Radverkehrsförderung

Von Sarah Guttenberger, Geschäftsführerin AGFK Bayern

Noch häufig wird bei Radverkehrsförderung an Großstädte wie München, Nürnberg oder Augsburg gedacht. Die Rolle der Landkreise auf diesem Gebiet wird hingegen bislang oft unterschätzt, doch sie können als Initiatoren gemeinsam mit ihren kreisangehörigen Kommunen effektive Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs entwickeln und umsetzen.

Rund 90% aller Fahrradfahrten finden heute in einem Umkreis von bis zu fünf Kilometern statt. Zugleich wird auf diesen Strecken aber auch etwa die Hälfte der Fahrten mit dem PKW zurückgelegt. Für die Fahrradnutzung besteht in diesem Bereich also noch enormes Potential, insbesondere da das Fahrrad bei diesen Distanzen oft das schnellste, kostengünstigste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel ist. Doch auch die Entwicklung der Elektromobilität bringt erhebliche Möglichkeiten für den Radverkehr mit sich. Durch die Nutzung von Pedelecs kann sich der Aktionsradius auf zwei Rädern immens vergrößern, was insbesondere für den ländlichen Raum eine große Chance darstellt.

Radverkehrsförderung im ländlichen Raum

Nicht nur in Großstädten, sondern auch im ländlichen Raum lassen sich die Ortszentren schnell mit dem Fahrrad erreichen. Darüber hinaus stellt das Fahrrad einen wichtigen Zubringer zu den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs dar. In Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes ist deshalb neben der Erstellung eines innerörtlichen Radwegenetzes auch die Schaffung eines Radwegenetzes von überörtlichen direkten Radwegeverbindungen von großer Bedeutung, um umliegende Städte und Gemeinden sowie Bahnhöfe und Schulen sicher und ohne Umwege mit dem Fahrrad erreichen zu können. Idealerweise erfolgen diese Planungen im Rahmen eines *landkreisweiten Radverkehrskonzeptes*.

Die Integration verschiedener Verkehrswege von Fußgängern, Radfahrern und Nutzern des öffentlichen Verkehrs muss in der Verkehrsplanung intensiv berücksichtigt werden – dies unterstützt zudem die Wirkung des Umweltverbundes. Insbesondere vor dem Hintergrund der Etablierung des Pedelecs, wel-



ches die schnellere Überwindung größerer Distanzen ermöglicht, wird Fahrradförderung deshalb von Fachleuten auch als eine Antwort auf viele Herausforderungen für Landkreise gesehen.

Die Rolle der Landkreise

Landkreise können hierbei eine *zentrale Schlüsselrolle* einnehmen und aktiv die kreisweite Radverkehrsförderung voranbringen. Als Koordinator, Berater und Ansprechpartner können Landkreise ihre Kommunen in allen Belangen der Radverkehrsförderung unterstützen.

Um den Radverkehr effektiv zu fördern, ist es Aufgabe des *Landkreises als Koordinator* ein kreisweites Radverkehrskonzept unter Beteiligung aller kreisangehörigen Kommunen zu erstellen, welches übergeordnete Rahmenbedingungen schafft und den Kommunen mit gemeindespezifischen Maßnahmen als Grundlage für die örtliche Radverkehrsförderung dient. Insbesondere die Kommunikation mit den kreisangehörigen Kommunen ist hierbei entscheidend.

Der Landkreis sollte über einen *Radverkehrsbeauftragten* als zentralen Ansprechpartner verfügen. Zu dessen Aufgaben zählen u.a. die Beratung der Kommunen in Fragen der Radverkehrsförderung, die Erarbeitung von konstruktiven Lösungen für den Radverkehr gemeinsam mit den zuständigen Fachbereichen und die landkreisweite Öffentlichkeitsarbeit. Zudem ist der Radverkehrsbeauftragte Kontaktperson für Bürgerinnen und Bürger in allen Belangen des Radverkehrs.

Was gilt es zu berücksichtigen?

Eine landkreisweite, effektive Radverkehrsförderung muss auf den *gleichbedeutenden Säulen Infrastruktur,*



Information, Öffentlichkeitsarbeit und Service basieren. Diese vier Säulen der Radverkehrsförderung und deren Zusammenspiel sind sowohl für den Alltagsradverkehr als auch für den touristischen Radverkehr wichtig, denn Radverkehr kann nur dann gezielt und umfassend gefördert werden, wenn die Förderung systematisch und konsequent vollzogen wird.

Es bedarf der Berücksichtigung aller Mobilitätsverhalten prägenden Faktoren in einem Gesamtmobilitätskonzept. Die positiven Effekte dürfen nicht ausschließlich als Ergebnisse von Einzelmaßnahmen betrachtet werden. Vielmehr gilt es Verbesserungen für den Radverkehr in einer umfassenden Betrachtung im Rahmen eines landkreisweiten Radverkehrskonzeptes zu denken. Landkreise spielen dabei eine Schlüsselrolle: Als übergeordnete Instanz bilden sie die Schnittstelle zu den kreisangehörigen Kommunen und können diese Position nutzen, um die Städte und Gemeinden zu informieren, zu beraten und um gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren.

Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und dem Abkommen von Paris, einer alternden Gesellschaft und nicht zuletzt der steigenden Nachfrage durch den Boom des Themas, kann Radverkehrsförderung für Kommunen differenzierte Antworten bieten. Die Frage nach der Radverkehrsförderung hat sich so gewandelt: Kommunen stehen nicht mehr vor der Frage, ob Radverkehr gefördert werden soll – sondern wie.

**AGFK Bayern –
Netzwerk zur Radverkehrsförderung**

Die Herausforderungen sind dabei zwar nicht für alle Landkreise gleich – aber auch nicht gänzlich verschieden. Um Antworten zu finden und effizient zu planen, wurden Netzwerke wie die *Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V.* (AGFK)

etabliert. Die AGFK Bayern besteht aus über 50 Städten, Gemeinden und Landkreisen, die durch konkrete Projekte und Aktionen besonders den Radverkehrsanteil im Rahmen einer umweltfreundlichen Nahmobilität bei der Verkehrsmittelwahl vor Ort erhöhen. Damit nicht jede Kommune das Rad in Sachen Verkehrspolitik neu erfinden muss, tauschen sich die Mitglieder untereinander aus, erörtern gemeinsam offene Fragen und entwickeln Lösungen. *„Insbesondere für Landkreise, die bei der Radverkehrsförderung die verschiedenen Strukturen ihrer Kommunen berücksichtigen müssen, ist der Erfahrungsaustausch mit Experten aus anderen Kreisen, Städten und Gemeinden sehr wichtig“*, so AGFK-Vorsitzender Landrat Matthias Dießl. Veranstaltungsformate wie das Mobilitätsforum richten sich speziell an Landkreise in der AGFK Bayern und fördern die Vernetzung mit kreisangehörigen Kommunen.

Außerdem unterstützt der Verein seine Mitglieder auf dem Weg, die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr zu erlangen.

Aber auch verschiedene Veranstaltungen wie der Nationale Radverkehrskongress oder die Fahrradkommunalkonferenz bilden für Kommunen Austauschplattformen. Ebenso kann der Dialog mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft wie Verbänden und Vereinen Lösungen zutage bringen; schließlich ist das Rad schon seit 200 Jahren Teil unserer Kommunen. Mit vielem kennen wir uns aus – wir müssen uns nur daran erinnern – oder über den Tellerrand blicken.

Weitere Informationen:

Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e. V. (AGFK Bayern)

Tel. 09131/86 2419

info@agfk-bayern.de

www.agfk-bayern.de



Bayerische Innovationstage 2017: Bayerische Landräte diskutieren Verwaltung 2030 mit Staatsminister

Dr. Markus Söder

20 Jahre Bayerischer Innovationsring



V.l.n.r.: Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, Leiter des Bayerischen Innovationsrings, Staatsminister Dr. Markus Söder, MdL, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, Präsident des Bayerischen Landkreistags

Im vom Tölzer Landrat Josef Niedermaier geleiteten Bayerischen Innovationsring haben sich 26 Landkreise zusammengeschlossen, um die Landratsämter auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Im Jahr seines 20. Jubiläums treiben den Innovationsring dabei zwei Themen besonders um: die digitale Verwaltung und die demographische Entwicklung. Die Gäste der „Bayerischen Innovationstage 2017“, der alle 2 Jahre stattfindenden Fortbildungsveranstaltung des Innovationsrings, waren deswegen sichtlich begeistert, sich mit Staatsminister Dr. Markus Söder, MdL, über Verwaltung 2030 austauschen zu können.

„Als der Bayerische Innovationsring 1997 gegründet wurde, waren noch Schreibmaschinen in den Landratsämtern, wenn auch als Auslaufmodell. Heute stehen die Ämter mit einer zunehmenden Digitalisierung ihrer Leistungen vor ganz neuen Herausforderungen. Die Menschen haben immer weniger Zeit, ihre Aufgaben selbst vor Ort zu erledigen. Das setzt eine zunehmende Digitalisierungskompetenz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. Für uns alle

wird es in Zukunft darum gehen, die Digitalisierungskompetenzen in unseren Verwaltungen weiter auf- und auszubauen. Ob es um die Digitalisierung der Verwaltung oder die IT-Sicherheit geht. Beides sind gemeinsame Herausforderungen von Freistaat und Kommunen“, so Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen. Altlandrat Roland Schwing, Miltenberg, der den Bayerischen Innovationsring ins Leben gerufen und 17 Jahre geleitet hat, war daher überzeugt: „Der Bayerische Innovationsring wird auch im 21. Jahrhundert gebraucht: Gerade die Digitalisierung zwingt uns ein Tempo auf, das wir nur gemeinsam stemmen können.“

Staatsminister Dr. Markus Söder war sich sicher, dass Verwaltung in Zukunft rund um die Uhr orts- und amtsunabhängig möglich sein würde. Er legte aber auch ein besonderes Augenmerk auf die Sicherheit der Verfahren. Schon heute wäre die Sicherheit die größte Herausforderung. Täglich wäre das Bayerische Behördenetz rd. 40.000 Angriffen ausgesetzt. Daneben gebe es neue Risiken wie beispielsweise Lösegeldersparungen für verschlüsselte Daten. Die bayerischen Behörden wären hier schon gut aufgestellt. Durch die Gründung eines neuen Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik im Herbst 2017 sollen die Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Kom-



V.l.n.r.: Landrat Anton Speer, Michael Kleißl, Garmisch-Partenkirchen, Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf, Landrat Peter Dreier, Landshut



V.l.n.r.: Landrat a.D. Gebhard Kaiser, Oberallgäu, Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, Leiter des Bayerischen Innovationsrings, Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, Präsident des Bayerischen Landkreistags

munen weiter ausgebaut werden. Staatsminister Dr. Söder war sich deswegen trotz aller Hürden in diesem Bereich sicher: „Die digitale Verwaltung ist die Zukunft – gerade im ländlichen Raum.“

Dass es aber auch in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt noch auf das Zwischenmenschliche ankommt, zeigte Dr. Johannes Eckert OSB, Abt der Abtei St. Bonifaz in München und Andechs. Er zeich-



V.l.n.r.: Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, Leiter des Bayerischen Innovationsrings, Prof. Dr. Armin Nassehi, Ludwig-Maximilians-Universität München, Landrat Herbert Eckstein, Roth, Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags

nete in seinem Vortrag das Bild einer an Werten orientierten Führung. Auch in Zukunft wird demnach das Hin- und Zuhören verstärkt in den Blick von Mitarbeitern und Führungskräften gleichermaßen rücken müssen, um gemeinsam ein gutes und damit erfolgreiches Arbeitsumfeld zu schaffen.

Auch Prof. Dr. Armin Nassehi, der einen Lehrstuhl an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München innehat, hat seinen Blick auf das veränderte Arbeiten in Zeiten von 4.0 gerichtet. „Arbeit ist etwas sehr Wesentliches. Deswegen bedeutet 4.0 etwas, bei dem es um das Eingemachte geht“, so der Soziologe.

In den Innovationsforen „Digitales Landratsamt“, „Service- und Kundenorientierung“, „Strategisches Management“ und „Modernes Personalmanagement“ hatten die über 140 Teilnehmer der Innovationstage zudem die Möglichkeit, sich mit hochkarätigen Referenten u. a. aus dem Bundeskanzleramt und der Digitalisierungsagentur Dänemark und erfahrenen Praktikern aus dem Bayerischen Innovationsring sowie natürlich den Landräten auszutauschen.



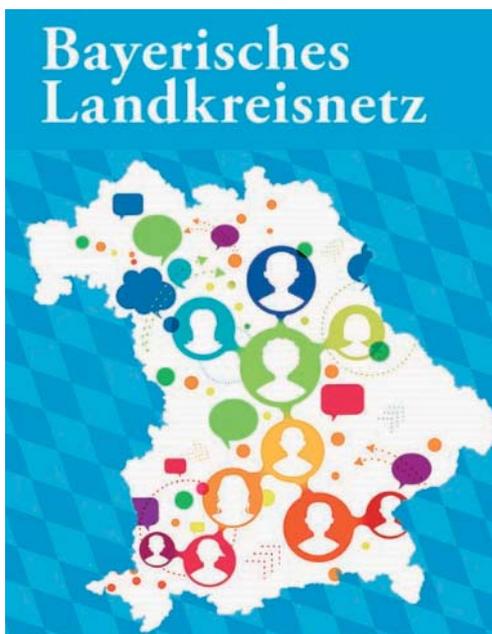
V.l.n.r.: Dr. Johannes Eckert OSB, Abt der Abtei St. Bonifaz in München und Andechs, Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, Leiter des Bayerischen Innovationsrings

Niederschwelliger Austausch der Landkreise über neues soziales Netzwerk



Von Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, hat Mitte 2016 ein Pilotprojekt für ein soziales Netzwerk der Landratsämter ins Leben gerufen. Ziel des Pilotprojekts war es, die Landratsämter durch eine gemeinsame Kommunikationsplattform stärker miteinander zu vernetzen und so den Informations- und Erfahrungsaustausch weiter zu verbessern. Die Erfahrungen aus dieser einjährigen Pilotierungsphase waren durchweg positiv. Das Plenum des Bayerischen Innovationsrings hat sich daher einstimmig dafür ausgesprochen, das Landkreisnetz für alle Landratsämter freizugeben. Seit Juli 2017 können sich daher alle Landratsämter über das soziale Netzwerk für die Landratsämter (Landkreisnetz) austauschen.



Das Landkreisnetz ermöglicht u.a.

- den landkreisübergreifenden Austausch zu bestimmten Themenfeldern in offenen Gruppen (z. B. E-Government, Datenschutz),
- den internen Austausch in geschlossenen Gruppen (z. B. für Mitglieder eines Arbeitskreises) sowie
- den bilateralen Austausch über Chat-Nachrichten.

Ein zentraler Ansatz des Landkreisnetzes ist, dass das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss. Offene Fragen im Landratsamt A wurden häufig woanders bereits geklärt. Umgekehrt verfügt das Landratsamt A über Erkenntnisse, die anderen Landratsämtern weiterhelfen. Von einem offenen Informations- und Erfahrungsaustausch über das Landkreisnetz können daher alle profitieren.

Die ersten Erfahrungen zeigen: Das Landkreisnetz kommt an! Über 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter haben sich bereits registriert und tauschen sich zu den vielfältigen Themen aus der täglichen Praxis aus. Die Bandbreite reicht von Fragen der Bildungskoordination, der Jugendhilfe- und Seniorenplanung, zur Informations- und Kommunikationstechnik, dem Einsatz sozialer Medien bis hin zur elektronischen Aktenführung oder zum öffentlichen Personennahverkehr. Ist für eine bestimmte Aufgabenstellung noch keine passende Gruppe eingerichtet, hilft die flexibel gehaltene Rechtsstruktur: Jeder Nutzer kann neue Gruppen für den landkreisübergreifenden Austausch anlegen sowie neue Beiträge bzw. Umfragen einstellen. Die Nutzung des Netzwerks für den landkreisübergreifenden Austausch ist für die Landkreise zudem kostenlos.

Wie jedes soziale Netzwerk lebt auch das Landkreisnetz vom kollegialen Austausch untereinander. Hierzu laden wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Landratsämtern herzlich ein!

Prestigeprojekt BayernLab im Landkreis Rhön-Grabfeld für ganz Unterfranken eröffnet



Das rote Band zur Eröffnung durchschnitten (von links) Amtsleiter Konrad Unsleber, Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Bad Kissingen, Landtagsabgeordneter Sandro Kirchner, Staatsminister Dr. Markus Söder, stellvertretender Landrat in Rhön-Grabfeld Josef Demar, Bad Kissingens stellvertretende Landrätin Monika Horcher und Bürgermeister Bruno Altrichter. (Foto: Hubert Herbert)

Am 29.06.2017 wurde im Landkreis Rhön-Grabfeld das dritte BayernLab eröffnet. Initiiert vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat gab Staatsminister Dr. Markus Söder persönlich den Startschuss für das gelungene Projekt im nördlichsten Bayern. Bis 2018 beabsichtigt die Bayerische Staatsregierung insgesamt 13 BayernLabs, in jedem Regierungsbezirk mindestens eines angegliedert an die bestehenden Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung einzurichten. Die Einrichtung in Bad Neustadt a. d. Saale im Gebäude der Außenstelle des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Bad Kissingen gewinnt somit große Strahlkraft in ganz Unterfranken.

Im Bereich Digitalisierung hat sich in den letzten Jahren unheimlich viel getan, das wird auch in Zukunft so sein. Vor diesem Hintergrund sind die BayernLabs sozusagen digitale Übungsplätze, um allen Altersgruppen den Einstieg in eine immer digitaler werdende Welt zu erleichtern. Man wolle für die Möglichkeiten

der Digitalisierung sensibilisieren und das Interesse daran wecken.

In den Labs erwarten die interessierten Besucher Themen und Trends rund um die fortschreitende Digitalisierung. Die BayernLabs präsentieren digitale Innovationen zum Anschauen, Anfassen und Ausprobieren vom 3D-Druck bis zu Virtual Reality und schlagen somit eine Brücke in die schnelllebige und komplexe IT-Welt. Das Angebot spricht vor allem Schüler an, die digitale Welt zu erforschen, aber auch Kommunen und Bürger können sich über die Möglichkeiten der Digitalisierung informieren.

Investitionen von 900.000 Euro sind alleine in das Projekt Bayernlab Bad Neustadt a. d. Saale geflossen, davon mehr als 200.000 Euro in die Barrierefreiheit. Geschaffen wurden 255 Quadratmeter, auf denen man beste Voraussetzungen vorfindet, um einfach einmal das Eintauchen per Datenbrille in eine digitale Welt, ein 84-Zoll-Whiteboard für Konferenzen oder die

Funktion einer Drohne auszuprobieren – um nur einige Angebote zu nennen.

Ein Highlight des BayernLabs in Bad Neustadt a. d. Saale ist der Roboter NAO. Dieser ermöglicht, die Themen Sensorik, Robotik und Programmierung zu erleben. Mit einem Mini-Holodeck kann in virtuelle Welten eingetaucht werden. In der kostenfreien BayernWLAN-Lounge kann nebenbei im Internet gesurft werden. „Unsere BayernLabs sind eine offene Infoplattform für jedermann, aktivieren digitales Potenzial im Land und sorgen für digitale Chancengleichheit“, bilanzierte Söder. Das BayernLab informiert auch über Themen wie Datenschutz und Datensicherheit im Internet oder den vernetzten Arbeitsplatz der Zukunft. Das BayernPortal oder ELSTERonline ermöglichen Behördengänge von überall aus und rund um die Uhr.

„Neben dem Breitbandausbau und BayernWLAN sind unsere BayernLabs ein wesentlicher Bestandteil unserer Digitalisierungsstrategie. So bringen wir Digitalisierung bewusst und gezielt in die ländlichen Regionen Bayerns“, sagte Söder. Bei der Eröffnung hob Staatsminister Dr. Markus Söder auch hervor, dass die

Digitalisierung genauso zur Infrastruktur gehöre wie die Straßen, Wasser- oder Stromversorgung. Für den Ausbau der digitalen Autobahnen im ganzen Land habe die Staatsregierung bisher bereits 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Und um bei der Breitbandversorgung in den Gigabereich zu kommen, werde Bayern noch einmal eine Milliarde Euro drauflegen. Außerdem werde das kostenlose bayerische WLAN-Netz massiv ausgebaut.

Dass der Freistaat nun eines der Bayernlabs in Bad Neustadt a. d. Saale installiert hat, sei deshalb ein ganz klares Signal, den ländlichen Raum zu stärken. Stellvertretender Landrat Josef Demar dankte für die Strukturmaßnahme im Landkreis Rhön-Grabfeld. Er betonte, das Bayernlab passe sehr gut nach Neustadt a. d. Saale, zumal im gesamten Landkreis die Breitbandversorgung inzwischen gut sei. „Das Bayernlab macht uns zu einem Cluster der Digitalisierung“, sagte er. Auch Bürgermeister Bruno Altrichter bezeichnete Stadt und Landkreis als gut geeignet. Als Standort für Industrie, Medizin und als großer Schulstandort sei das Thema Digitalisierung hier von besonderer Bedeutung. *(LRA Rhön-Grabfeld)*

Start-Up mal anders – Silicon Vilstal im Landkreis Landshut

Eine Gründerszene findet sich zumeist in den großen Städten der Bundesrepublik. Dass sich aber auch ein Blick über den Tellerrand aufs Land lohnt, zeigt Silicon Vilstal aus dem Landkreis Landshut. Der Unternehmensberater Helmut Ramsauer hat die Initiative ins Leben gerufen und wird seitdem auch von der Wirtschaftsförderung des Landkreises Landshut mit Ludwig Götz an der Spitze unterstützt. Ein Gespräch über Digitalisierung, Mobilität und das „irreale“ Landleben.

Silicon Vilstal als Name klingt interessant, aber ungewöhnlich. Wie sind Sie darauf gekommen?

Ramsauer: *Der Name stand bereits am Anfang der ganzen Idee. Aus diesem Wortspiel hat sich dann irgendwann die Initiative entwickelt. Natürlich ist es an das High-Tech-Zentrum Silicon Valley in den USA angelehnt. Aber das „Vilstal“ ist ja auch ein spannendes „valley“. Deshalb passt es eigentlich ganz gut.*



Von links: Silicon Vilstal-Initiator Helmut Ramsauer und der Wirtschaftsreferent des Landkreises Landshut, Ludwig Götz



Was macht das Vilstal in Ihren Augen zu solch einer Fortschrittsregion?

Ramsauer: Viele Start-Ups sind früher nach Berlin gegangen, weil in München die Mieten zu teuer waren. Im Vilstal sind die Wohnpreise auch noch erschwinglich und man hat auch hier alles, was man braucht, um erfolgreich ein Unternehmen zu gründen und zu betreiben. Natürlich spielt auch die gute Verkehrsanbindung eine Rolle. Das Problem ist eher, dass vor allem in den Städten und in den technischen Branchen viel Unwissen herrscht, dass es auch auf dem Land gute Infrastruktur und digitale Anbindung gibt. Wir haben innerhalb eines Projektes Start-Ups und Bauernhöfe zusammengebracht – das war eine spannende Erfahrung. Zum einen waren sie vielfach verwundert, dass es selbst an Randlagen unweit von Wäldern noch Internetanbindung gibt. Nur ein Start-Up konnte mit dem Landleben gar nichts anfangen: Die meinten, sie würden lieber wieder in die „reale Welt“ zurückkehren. Andere waren so begeistert, dass sie am liebsten gleich hiergeblieben wären. Einige waren von der Kombination begeistert, konzeptionelle Arbeit auf dem Land zu leisten und für die Vermarktung und das Netzwerken wieder in die Stadt zu gehen.

Einer der Schwerpunkte des Festivals und ihrer Arbeit ist der Bereich Mobilität. Aber weshalb? Ein Leben ohne Auto ist am Land doch undenkbar.

Götz: Grundsätzlich haben wir mit der A92 und einer ausgebauten Zugverbindung eine gute Infrastruktur in den Ballungsraum München und an den Flughafen. Der Landkreis Landshut dehnt sich aber über 60 Kilometer nach Norden und Süden aus, sodass sich in den ländlichen Gebieten die Situation doch anders gestaltet. Deswegen haben auch wir im Rahmen eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes Mitfahrbänke entwickelt, um vor allem die Mobilität bei Senioren zu erhöhen. Ein weiteres Thema ist das Schaffen eines einheitlichen ÖPNV-Tarifsystems innerhalb der Metropolregion München: Wir sind gerade dabei, aus ursprünglich 21 Einzeltarifen einen Verbund zu machen – dies würde merkliche Erleichterungen für die Fahrgäste, aber auch für die Anbieter bringen. Ein großes Projekt, bei dem noch viel Arbeit vor uns liegt. Grundsätzlich wäre es wichtig, zentrale Punkte, die auch zu Fuß oder mit dem Rad zu erreichen sind, in einer angemessenen Taktung öffentlich zu erschließen.

Ramsauer: „Smart Mobility“ ist ein Thema, über das wir uns bei Silicon Vilstal schon länger Gedanken machen. Das war auch das Leitthema eines Wettbewerbs,

den wir während der Munich Creative Business Week ausgerichtet haben. Unser Siegerteam hat mit dem Konzept der Mitfahrbänke ein Thema vorgestellt, das auch im Regionalmanagement des Landkreises Landshut bereits behandelt wird. Die Entscheidung wurde durch eine Jury aus Bürgermeistern und Verkehrsexperten getroffen. Bei unseren „Mitfahrbänken 2.0“ bringen wir auch die Digitalisierung mit ins Spiel. Anhand digitaler Eingabemöglichkeiten können Mitfahrwünsche eingetragen werden, eine Digitaltafel zeigt das Ziel des Wartenden an. Man könnte es ganz fortschrittlich auch als „Peer-to-peer-Ridesharing“ bezeichnen, wir bleiben aber bei dem Begriff „Mitfahrbänke“. In größeren Städten haben sich Angebote wie Uber bereits bewährt – warum sollte dies nicht auch im ländlichen Raum gelingen?

Was unterscheidet Silicon Vilstal von anderen Festivals? Was ist der Mehrwert für den Besucher?

Ramsauer: Die Grundidee von Silicon Vilstal ist: Wir zeigen uns und anderen, was das Vilstal schon heute zu bieten hat. Und wir lernen zusammen, was in „digitalen“ Zeiten aus dem Vilstal noch alles werden kann. Der besondere Charme entsteht durch die Mischung von Menschen und Aktivitäten aus der Region mit internationalen Experten und Initiativen aus ganz Deutschland. Silicon Vilstal ist ein Festival, das zum Mitmachen animiert. Das wollen wir zum Beispiel in einem „Maker Space“ deutlich machen. Denn was wir hier zeigen, ist Handwerk, das sich auch permanent im Wandel befindet. Digitalisierung wird immer mit High-Tech gleichgesetzt, an die sich Bürger vielleicht nicht herantrauen. Unser Festival hat dagegen einen unkomplizierten kreativen Mitmachansatz. Auch für Kinder ist etwas dabei, um sie bereits früh an Technik heranzuführen. Aber der Rentner wird ebenfalls fündig werden. Im Hinblick auf die Zukunft des Festivals wären weitere Themen zum Beispiel Landwirtschaft und Sport, beides Themen, die im Hinblick auf Digitalisierung spannend sind. Aber natürlich bleiben die Themen Mobilität und Digitalisierung generell weiter aktuell.

Da haben Sie ja noch viel vor. Dazu braucht es aber sicherlich auch starke Partner.

Ramsauer: Die Mischung aus öffentlichen, privaten und gewerblichen Partnern hat sich bewährt. Wir sind froh, dass uns Firmen und Institutionen bei der Umsetzung, aber auch inhaltlich unterstützen. Ohne sie wäre es nicht möglich, eine Veranstaltung in dieser Größenordnung und Vielfalt ehrenamtlich auf die Beine zu stellen. Aber auch ohne die engagierten Menschen im Organisations-

team, die viel von Ihrer Freizeit investieren, würde es nicht gehen.

Was gab den Ausschlag, dass der Landkreis Landshut dieses Festival so unterstützt?

Götz: Weil es so ein besonderes, interessantes Projekt ist. Herr Ramsauer ist im vergangenen Jahr auf mich zugekommen. Es unterstützt unsere Strategie, innovative Gründer und Firmen in unsere Region zu bringen.

Silicon Vilstal greift diese Ideen auf: Deshalb beteiligt sich die Wirtschaftsförderung des Landkreises mit den „Innovatouren“: Wir setzen einen Bus ein, mit dem wir dann verschiedene Firmen im Vilstal besuchen, die sich bereits mit pfiffigen Ideen und einer gewissen Portion Mut zu Vorreitern in der Digitalisierung entwickelt haben. Wir wollen auch zeigen, dass wir auch einiges schon haben, was in diesem Bereich Vorbildcharakter hat. Beispielsweise haben wir mehrere Firmen, zum Teil Familienbetriebe, die große Online-Shops mit Millionenumsatz betreiben, aber eigentlich ganz unscheinbar im Außenbereich angesiedelt sind, wo man eigentlich solche Unternehmen gar nicht erwarten würde. Oder die Schreinerei mit etwa 20 Mitarbeitern, die ein modernstes Lager- und Sortiersystem nutzen – Handwerk 4.0 quasi.

Was macht den Landkreis Landshut als Wirtschaftsstandort und vor allem auch für Gründer so attraktiv?

Götz: Unsere Region zeichnet sich seit einigen Jahren durch die stabile Wirtschaftslage und eine hohe Beschäf-

tigungsquote aus. Das liegt vor allem an großen Industriebetrieben innerhalb der Automobilindustrie, die bei uns ihren Standort haben, aber auch der Mittelstand und das Handwerk schaffen in der Region zahlreiche und sichere Arbeitsplätze.

Langfristig setzen wir aber auf einen Branchenmix. Mit der Hochschule Landshut haben wir auch einen akademischen Partner, der viele junge, hervorragend ausgebildete Menschen in unsere Region bringt. Diese jungen Leute haben auch Ideen im Technik-Bereich, die sie als Gründer umsetzen wollen – wir können ihnen den Markt dazu bieten.

Doch der Anfang ist oft schwer. Deshalb haben wir mit LINK e. V. ein Gründernetzwerk für die Region Landshut geschaffen, der Landkreis ist einer der Träger des „Landshuter Innovations- und Kreativzentrums“. Ein Netzwerkmanager soll die jungen Unternehmen vor allem in der sensiblen Anfangsphase unterstützen. Gründerzentren gibt es mittlerweile einige, wir wollen uns aber vor allem auf den digitalen Markt konzentrieren, der bereits jetzt mehr zu bieten hat, als man für Niederbayern glauben würde. Es gibt viele Beispiele von ehemaligen Studenten der Hochschule, die mit ihrer Idee den Durchbruch geschafft haben und in der Region geblieben sind, weil der Erfolg nicht immer nur in den großen Städten zuhause ist.

Das Interview führte Carina Karg, Pressesprecherin des Landkreises Landshut.

Gemeinsam mit Tradition in die Zukunft der digitalisierten Arbeitswelt

Kickoff für das Digitale Gründerzentrum und Digitale Netzwerk des Landkreises Straubing-Bogen

Die Digitalisierung wird unser ganzes Leben beeinflussen. Die Art, wie wir arbeiten, wie wir unseren Alltag gestalten oder wie wir miteinander kommunizieren, ändert sich rasend schnell. Besonders betroffen sind dabei die Unternehmen, welche durch ständige Verbesserungen am Markt bestehen müssen. Bereits heute müssen sie sich mit schnellen Veränderungen durch digitalisierte Prozesse und mit disruptiven Geschäfts-

modellen auseinandersetzen. Waren bis vor kurzem noch Produktionsmittel und Wertschöpfung sehr eng verzahnt, so brechen diese Ketten vermehrt auf. Das größte Taxiunternehmen UBER besitzt zum Beispiel kein einziges eigenes Fahrzeug, auf dem Flughafen Schiphol in Amsterdam wird Licht als Dienstleistung verkauft.



Landrat Laumer bei der Begrüßung

Diese Herausforderungen gelten aber nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch für regionale Unternehmen. Eine Vorreiterrolle im Bereich Digitalisierung nimmt dabei der Landkreis Straubing-Bogen in Niederbayern ein. In Oberschneiding, einer Gemeinde mit knapp 3.000 Einwohnern, ist im Jahr 2011 bereits ein IT- und Bildungszentrum geschaffen worden, das laut Professor Stoffel von der FH Landshut im Kleinen schon das ist, was die Staatsregierung bayernweit im Rahmen der Digitalisierungsstrategie plant. Gerade Bürgermeister Ewald Seifert unterstützt seit Jahren den Bereich der Gründungen im IT-Umfeld maßgeblich. Weil beim Programm des Freistaates zur Schaffung von Digitalisierungszentren in Niederbayern nur die Hochschulstandorte Deggendorf, Landshut und Passau gefördert werden, gründete der Landkreis Straubing-Bogen gemeinsam mit der Gemeinde Oberschneiding ein eigenes kleines Digitalisierungszentrum und digitales Netzwerk. Die Kosten teilen sich die beiden Partner zu jeweils 50 Prozent. Beim Kickoff, zu dem über 30 Unternehmer aus der Region erschienen sind, betonte Straubing-Bogens Landrat Josef Laumer: „Wir jammern nicht, wenn uns Entscheidungen nicht passen, sondern krempeln die Ärmel hoch und suchen nach Lösungen für unsere Betriebe und die Menschen in unserem Landkreis.“ Die Intention hinter der Einrichtung ist klar: „Wir wollen etwas für die Menschen und die Unternehmen der Region machen und sie bei uns halten“, macht Laumer deutlich. „Unser Gründerzentrum richtet sich vor allem an klein- und mittelständische Unternehmen, die wir für die Digitalisierung fit machen wollen.“ Nicht ohne Stolz durfte der Landrat betonen, dass das Landkreis-Motto „Tradition und Zukunft“ auch in diesem Bereich beispielhaft gelebt wird. „Wir wissen um unsere Traditionen und halten diese hoch. Aber wir machen uns auch

bereit für die Zukunft und sind ein moderner Landkreis.“

Laumer ist überzeugt, dass sowohl das Digitale Gründerzentrum wie auch das Digitale Netzwerk eine wichtige Rolle spielen können und werden: „Wir sehen ganz einfach die Notwendigkeit und die Chancen, die die Digitalisierung bieten. Das Netzwerk soll dabei helfen, Firmen zusammenzubringen, Synergien zu nutzen und Komponenten zu verbinden.“ Als neutraler Moderator berät das Netzwerk mit seinem Netzwerkmanager die Unternehmen in den Herausforderungen der Digitalisierung und begleitet Projekte in der Einführung. „Eine virtuelle Überprüfung neuer Anlagen im Prozess schon vor der Auftragserteilung ist keine Zukunftsvision, sondern Realität in der heutigen Arbeitswelt“, macht der Landrat klar.

Weitere konkrete Beispiele von Digitalisierungsprojekten sowie Tipps zum richtigen Einstieg standen im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung. Und da wurde schnell deutlich, dass der Bedarf an einer solchen Einrichtung absolut gegeben ist. Einer der Referenten und Teilnehmer, Christian Schambeck, vom Dienstleistungsunternehmen schambeck automotive mit rund 400 Mitarbeitern, brachte es auf den Punkt: „Ich leiste mir keine IT-Abteilung, weil ich die auch gar nicht auslasten könnte. Trotzdem brauche ich in diesem Bereich Lösungen und dafür ist das Netzwerk da.“ So entstand am IT-Zentrum in Oberschneiding bereits eine eLearning-Plattform für das Unternehmen von Christian Schambeck. „Wir haben bei unseren Schulungen festgestellt, dass es zwar feste Arbeitsanweisungen für die Vorgaben gibt, mussten aber immer wieder feststellen, dass der Lerneffekt nicht wie gewünscht eintritt“, erläutert Schambeck. Die Gründe dafür seien vielfältig gewesen. Mal scheiterte es an Sprachproblemen, dann wieder an den pädagogischen Voraussetzungen der Schulenden. Das entwickelte eLearning-Tool mit Praxisbezug hat nun die Schulungsergebnisse deutlich verbessert und entlastet auch die Vorgesetzten. „Die bleiben natürlich in der Verantwortung, was die Mitarbeiter-Schulung betrifft, aber sie können sich auf andere Bereiche konzentrieren“, so Schambeck. Auch das nächste Projekt hat Christian Schambeck schon in Aussicht: Daten, die sofort in Echtzeit während des Produktionsprozesses digital dargestellt werden sollen. Auch hier setzt er auf die Hilfe des Netzwerks.

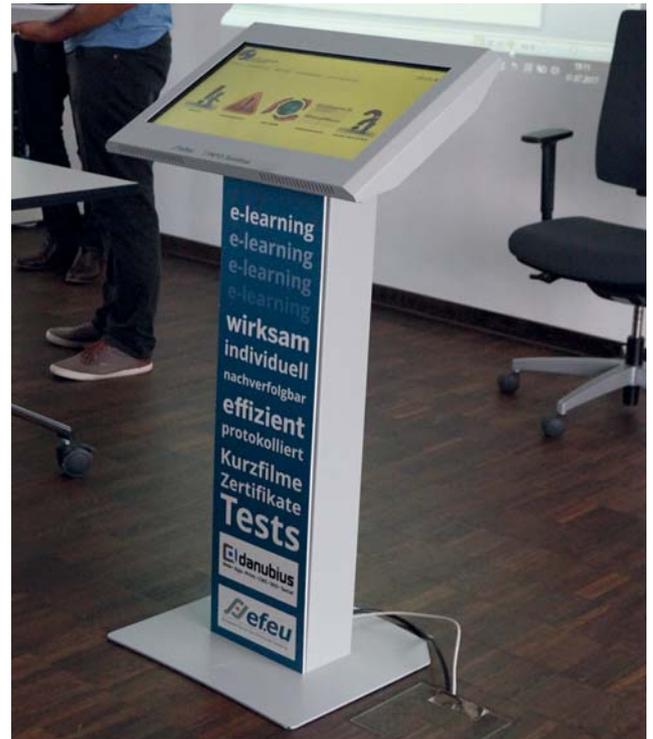
Was so ein Netzwerk im Detail leisten kann, stellte Christoph Berger vom Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Augsburg anhand von Anwendungsbeispielen

in den vier Clustern Geschäftsmodelle, Logistik, Produktionsautomatisierung und Arbeit 4.0 vor.

„Die Ausgangslage ist eigentlich klar“, sagt Johann Hofmann, Leiter des IT- und Bildungszentrums Oberschneiding. „Auf der einen Seite haben wir Kunden, die Problemstellungen haben und auf der anderen Seite gibt es die Entwickler, die Lösungsmöglichkeiten dafür anbieten können.“ Und eben diese Schnittstelle soll nun mit dem Digitalen Gründerzentrum und Digitalen Netzwerk besser miteinander verbunden werden. „Genau dafür ist der Netzwerkmanager da, um diese Parteien zusammenzubringen“, erläutert Erich Brunner, Wirtschaftsreferent des Landkreises.

Die Problemfelder sind jedenfalls vielfältig, das wurde bei einer ersten Umfrage am Kickoff-Abend deutlich. Personalqualität, Datensicherheit, Flexibilität der Daten, fehlende Schnittstellen für Arbeitsvorgänge, mangelnde Vernetzung der Daten, den Überwachungsaufwand minimieren – das steht auf der Agenda der Unternehmer ganz oben, hier wünschen sie sich Lösungsmöglichkeiten, hier sehen sie das Netzwerk als Hilfe an.

„Ein Netzwerk braucht auch Kunden“, machte der Landrat am Ende der Veranstaltung deutlich. „Man hat gesehen, dass es an denen nicht mangelt und die Nachfrage da ist. Der Einstieg in etwas Neues ist immer der größte und wichtigste Schritt. Der ist nun geschafft.“ Mit weiteren Veranstaltungen ab Herbst 2017 soll dann das Netzwerk noch weiter aktiviert werden und in konkretere Fallplanungen eingestiegen werden. „Denn eine Firma alleine kann nur selten die unterschiedlichsten Anforderungen der Digitalisierung



eLearning-Tool

umsetzen. Aber gemeinsam können Beispiellösungen erstellt und an die Bedürfnisse angepasst werden“, blickt Hofmann voraus und dankt noch einmal Landkreis und Gemeinde für die Unterstützung. „Landrat Laumer und der Kreistag sind sich der Bedeutung der Digitalisierung bewusst und die Gemeinde ist mit Ewald Seifert an der Spitze seit Jahren ein wichtiger Partner.“ Eben ganz nach dem Motto: Gemeinsam mit Tradition in die Zukunft der digitalisierten Arbeitswelt. *(LRA Straubing-Bogen)*



Das Netzwerk funktioniert: Am Ende der Veranstaltung fanden sich sofort Kleingruppen zum Austausch zusammen.

Ausstellungen im Haus der bayerischen Landkreise – ein Erfolgsmodell

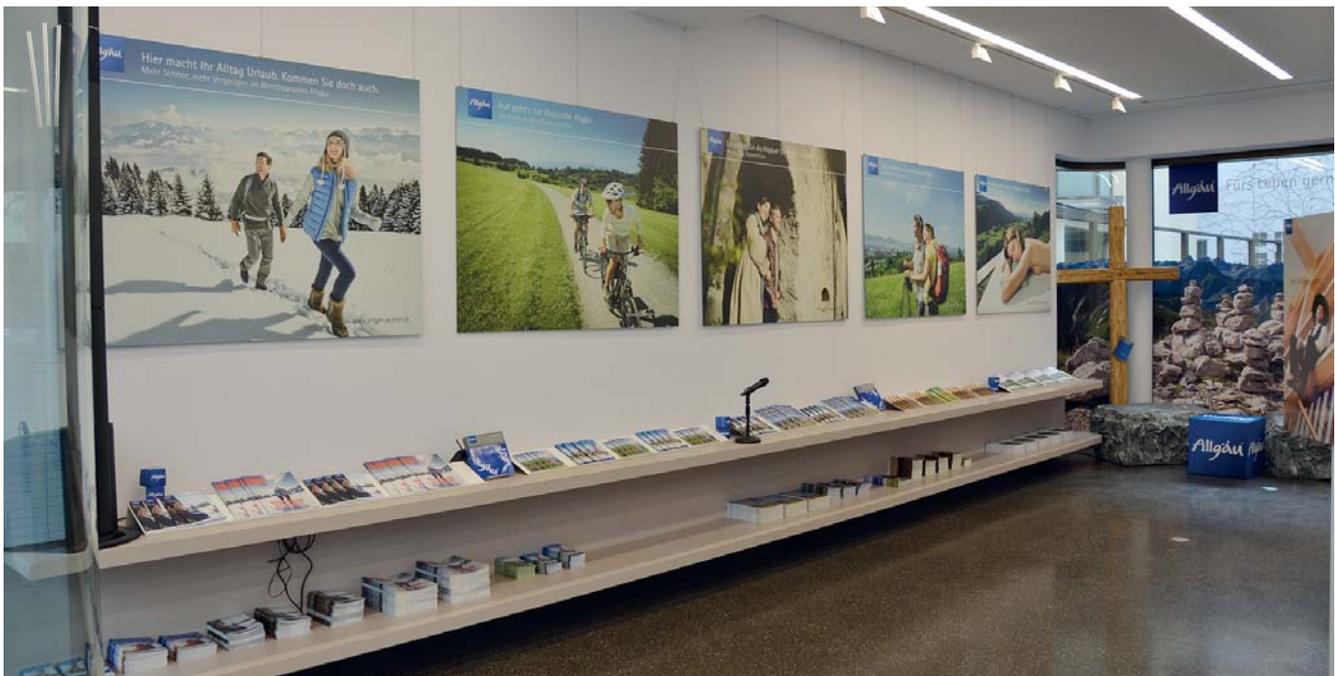
Die 71 bayerischen Landkreise haben sich zum Bayerischen Landkreistag zusammengeschlossen, um für die Stärkung des ländlichen Raums einzutreten. Das Verwaltungsgebäude in der Kardinal-Döpfner-Str. 8 in München wurde mit der Generalsanierung Mitte 2008 – Anfang 2010 zur Botschaft des ländlichen Raums. Im verglasten Foyer können die bayerischen Landkreise unter Einbeziehung des neu gestalteten Innenhofs, der wie ein helles grünes Zimmer den Empfangsraum optisch erweitert und auch funktional als attraktiver Außenraum für Veranstaltungen genutzt werden kann, seit 2011 in der Landeshauptstadt München auf die Situation, die Schwierigkeiten und die Chancen des ländlichen Raums hinweisen. Mit der Ausstellung „Demografischer Wandel – Folgen, Ziele, Maßnahmen und Forderungen“ eröffnete am 11.04.2011 der Landkreis Regen die Ausstellungen im Haus der bayerischen Landkreise. Eindrucksvoll stellte der Landkreis Regen die Frage: „Wie entwickeln sich Regionen, in denen es ebenso viele ältere Menschen über 60 Jahre gibt, wie junge Menschen unter 20 Jahre?“. Die Auswirkungen auf die Sozialsysteme, die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und Familien standen im Mittelpunkt.



September 2014: „Technische Hochschule Deggendorf – Impulsgeber einer ganzen Region“

Es folgten die Ausstellungen:

- Juli 2011: „Natur und Lebensqualität im Landkreis Mühldorf am Inn – wo sonst?“
- September 2011: „Landkreis Lichtenfels – Gesundheitsregion Obermain“



April 2013: „Marke Allgäu“, die erste Ausstellung von vier Landkreisen und drei kreisfreien Städten

- Januar 2012: „20 Jahre gesamtdeutscher Landkreistag“ mit Prof. Henneke, Geschäftsführer vom Deutschen Landkreistag
- April 2012: „40 Jahre Landkreis Passau“
- Oktober 2012: „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien“ mit einer Lesung im Januar 2013 zum Thema „250 Jahre Jean-Paul“
- April 2013: „Marke Allgäu“, die erste Ausstellung von vier Landkreisen und drei kreisfreien Städten
- September 2013: „Kunst und Kultur im Landkreis Freyung-Grafenau“
- Februar 2014: „Mit uns kommen Sie weiter – der Landkreis Hof als Wirtschaftsstandort“
- September 2014: „Technische Hochschule Deggendorf – Impulsgeber einer ganzen Region“
- April 2015: „Kompetenzzentrum Verwaltungsschule Hof – Ihr Partner für Aus- und Fortbildung“
- Mai 2016: „Der Landkreis Kulmbach – das Herz Oberfrankens“
- Seit 19. Mai 2017 die Ausstellung „Metropolregion – Macht mehr miteinander“.



April 2015: „Kompetenzzentrum Verwaltungsschule Hof – Ihr Partner für Aus- und Fortbildung“

Die ausstellenden Landkreise zeigen die Schönheit der jeweiligen Heimat, das Engagement und das Lebensgefühl der dort lebenden Bevölkerung und die vorhandene wirtschaftliche Stärke im Foyer des Hauses der bayerischen Landkreise mitten in der Landeshauptstadt München. Das ehrenamtliche Engagement, Wirtschaft und Bildung, aber auch die Leistungsstärke der dortigen Unternehmen wie die touristischen Highlights des jeweiligen Landkreises sind auf Bildtafeln in Filmen, aber auch in aufwendig gestalteten Vitrinen zu sehen. Die Ausstellungen sollen nicht nur die



Mai 2016: „Der Landkreis Kulmbach – das Herz Oberfrankens“

Schönheit und die Fähigkeiten des jeweiligen Landkreises vor Augen führen, sondern sie sind auch Kulisse für Themenveranstaltungen, die der jeweilige Landkreis oder die befreundete Institution in der Zeit der Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise veranstaltet. Hierfür stehen selbstverständlich die Seminarräume neben dem Foyer und dem Innenhof zur Nutzung durch den Aussteller zur Verfügung.

Dort wo es gilt auf besondere Entwicklungen hinzuweisen – wie z. B. bei der Technischen Hochschule Deggendorf – haben die Ausstellungen den Zweck, die anderen Landkreise auf diese Entwicklungen aufmerksam zu machen, um gelungene Ideen in den ländlichen Raum zu tragen. Die Struktur- und Regionalisierungsstrategie der Technischen Hochschule Deggendorf ist ein wichtiger Entwicklungsschritt für den ländlichen Raum. Dadurch wurde das Wissenschaftsnetz über Niederbayern und darüber hinaus enger geknüpft und die Regionalisierungsstrategie eröffnet jungen Menschen mit Talenten und Engagement mehr Möglichkeiten, sich in der Heimat zu qualifizieren und weiterzubilden. Dadurch ist es auch gelungen, den Bedarf an Fach- und Führungskräften von Unternehmen im ländlichen Raum zu decken. Mit den acht Technologie- und Gesundheitscampussen der Technischen Hochschule Deggendorf wurde ein in Bayern bisher einmaliges Konzept umgesetzt. Eine Hochschule öffnet sich konsequent und arbeitet in engster Kooperation mit Partnerkommunen der regionalen Wirtschaft an der Entwicklung eines neuen Technologie- und Gesundheitsimage für eine ganze Region.

Wer mehr über die Ausstellungen im Haus der bayerischen Landkreise in Erfahrung bringen will, der wird auf die Homepage des Bayerischen Landkreistags ver-

wiesen. Unter dem Stichwort „Geschäftsstelle“ findet man eine Verzweigung zu den „Ausstellungen“, Bilder von der Ausstellungseröffnung, die jeweilige Pressemitteilung sowie bspw. im Zusammenhang mit der Ausstellung Deggendorf Hinweise zu den einzelnen Campussen der Technischen Hochschule Deggendorf.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die Mieter im Verbandsgebäude, der ADFC, die Europäische Metropolregion München und der Erholungsflächenverein nicht nur unsere Sitzungssäle, sondern vor allem auch das Foyer für eigene Veranstaltungen nutzen. Beispielsweise startete der ADFC Bayern 2012 mit den „ADFC Mittagsgesprächen“ ein Projekt, das in wiederkehren-

der Form Kernfragen zum Themenkomplex „Fahrrad-Mobilität-Gesellschaft“ behandelt. Gäste waren bspw. Oberbürgermeister Christian Ude, Bundesminister Peter Ramsauer und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm.

Alle Landkreise und kreisverbundene Institutionen sind herzlich dazu eingeladen, sich wegen möglicher neuer Ausstellungen an die Pressereferentin des Bayerischen Landkreistags Sarah Honold zu wenden. Diese hat die Ausstellungen als Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Finanzreferent Emil Schneider übernommen.



Seit 19. Mai 2017 die Ausstellung „Metropolregion – Macht mehr miteinander“

25 Jahre Europabüro der bayerischen Kommunen – Festakt in Brüssel

Das Europabüro der bayerischen Kommunen (Brüssel) beging im September 2017 sein 25-jähriges Jubiläum. Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Bezirkstagspräsidenten und weitere Vertreter der Mitgliedskommunen von Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag und Bezirkstag in Bayern, Präsidenten, Vorsitzende und Geschäftsführer der Trägerverbände in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen werden deswegen am 28. November 2017 in Brüssel an einer gemeinsamen Festveranstaltung der vier bayerischen Kommu-

nalen Spitzenverbände und des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, die Träger des Europabüros sind, in Brüssel teilnehmen. Nachdem der Bayerische Landkreistag in diesem Jahr die Federführung für das Europabüro innehat, haben sich jüngst verschiedene Vertreter aus Politik und Verbänden im Haus der bayerischen Landkreise in München getroffen, um diesen großen Festakt zu planen. Als Redner der hochkarätigen Veranstaltung werden Brüsseler Größen wie Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis erwartet.



V.l.n.r.: Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Maximilian Klein, stv. Leiter Europabüro der bayerischen Kommunen, Josef Mend, Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags und Erster Bürgermeister der Stadt Iphofen, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Bezirkstagspräsident von Oberbayern, Dipl.-Ing. Markus Ferber, MdEP, Maria Noichl, MdEP, Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister der Stadt Günzburg, Verbandsvorsitzender des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, Christiane Thömmes, Leiterin Europabüro der bayerischen Kommunen, Stefanie Krüger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirkstags

Wie steht's um den ÖPNV im Freistaat Bayern? – Austausch mit den verkehrs- und finanzpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen

Am 11. Juli 2017 fand in der Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags die 9. Sitzung des Arbeitskreises ÖPNV der bayerischen Landkreise statt. Im Mittelpunkt der sehr gut besuchten Veranstaltung stand die Diskussion mit verkehrs- und finanzpolitischen Sprechern der im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen zum Thema „Wie steht's um den ÖPNV im Freistaat Bayern“. Geschäftsführer Dr. Johann Keller und Arbeitskreisvorsitzender Prof. Dr. Alexander Schraml konnten hierzu die Landtagsabgeordneten Eberhard Rotter, Hans Herold (beide CSU), Harald Güller, Bernhard Roos (beide SPD) und Thomas Mütze (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßen.

Zentrales Thema des Austausches war dabei die Unterfinanzierung des ÖPNV in Bayern. Aufgrund steigender Kosten, die nicht vollständig auf die Fahrpreise umgelegt werden können, wurde von den ÖPNV-Experten der Landkreise eine deutliche Erhöhung der seit einer Kürzung in den Jahren 2003/2004 unveränder-

ten ÖPNV-Zuweisungen von jährlich 51,3 Mio. Euro eingefordert. Dabei wurde auch auf die ungleich höhere Finanzausstattung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) hingewiesen, für den der Freistaat Bayern 2017 rund 1,2 Mrd. Euro aufwendet. Ohne eine entsprechende Mittelaufstockung sei ein Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum nicht möglich. Insbesondere in Räumen mit schrumpfender Bevölkerung drohe andernfalls eine Ausdünnung des ÖPNV. Daneben wurde von den ÖPNV-Experten der Landkreise eine Vielzahl aktueller Probleme des Öffentlichen Personenverkehrs angesprochen.

Bei den teilnehmenden Abgeordneten war die Bedeutung angemessener staatlicher Zuwendungen für die Aufrechterhaltung des ÖPNV unbestritten. Eine Aufstockung der ÖPNV-Zuweisungen wurde begrüßt bzw. zumindest wohlwollend gesehen. Daneben wurde die Wichtigkeit einer guten Abstimmung zwischen ÖPNV und SPNV hervorgehoben. Auch Verbund-



*V.l.n.r.: 1. Reihe: Harald Güller (MdL), Isabell Jagel (Bayerischer Landkreistag), Hans Herold (MdL), Eberhard Rotter (MdL), Bernhard Roos (MdL)
2. Reihe: Michael Sturm (Bayerischer Landkreistag), Prof. Dr. Alexander Schraml (AK-Vorsitzender), Thomas Mütze (MdL)*

lösungen, die es durch eine einheitliche Tarifgestaltung ermöglichen, dass trotz Umstiegen für die gesamte Fahrstrecke nur ein Ticket gelöst werden muss, würden zu einer höheren Akzeptanz des Öffentlichen Personenverkehrs beitragen.

Am Nachmittag berichtete Ministerialrat Nils Hartwig, Leiter des Referats Personenverkehr, Öffentliche Verkehrssysteme im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, unter dem Thema „Digital.Vernetzt.Mobil“ über die Umsetzung der Roadmap Digitale Vernetzung im Öffentlichen Personenverkehr. Ziel ist es, durch innovative Angebote und Dienstleistungen Zugangshemmnisse zum öffentlichen Verkehr abzubauen. Zentrales Instrument für den Nutzer ist dabei sein Smartphone. Mit Experten besetzte Fachgruppen befassen sich mit den Themen

- Fahrgast- und Kundeninformation,
- Tarife und eTicketing und
- Multimodalität.

Zentrale Handlungsfelder sind dabei Technologie & Standardisierung, Organisation & Betrieb sowie Politik & Planung. Nähere Informationen sind im Internet unter <https://www.digital-vernetzt-mobil.de/> abrufbar.

Im Anschluss berichtete Luise Turkowski von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr über „Aktuelles zum ÖPNV aus Sicht der Staatsregierung“. Abschließend stand noch die Evaluation der Arbeitskreis-Arbeit auf dem Programm.

Gemeinsam gegen die Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest – Bayerischer Bauernverband Niederbayern sichert sich Unterstützung der bayerischen Landkreise

Der Bezirkspräsident des Bezirksverbandes Niederbayern des Bayerischen Bauernverbands, Gerhard Stadler, war am 7. September 2017 beim Bayerischen Landkreistag, um sich Unterstützung von Präsident Christian Bernreiter, Landrat von Deggendorf, im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest zu sichern.

Diese ist eine für Haus- und Wildschweine hochgefährliche und -infektiöse Seuche und rückt von Osten her kommend immer näher an die bayerischen Grenzen heran. „Nachdem bereits Ende Juni die Tschechische Republik erreicht wurde, müssen wir jetzt alles tun, um die Einschleppung nach Bayern zu verhindern. Die Schäden für die Schweinhalter und damit die ganze Volkswirtschaft wären enorm. Für den Fall der Einschleppung bleibt nur die Möglichkeit einer konsequenten und massiven Tierseuchenbekämpfung“, so Stadler. Für den Menschen stellt die Seuche zwar keine Bedrohung dar, er kann aber zur Verbreitung der Seuche beitragen. „Im Transitverkehr sind weggeworfene infizierte Lebensmittel – wie beispiels-

weise eine Wurstsemmel – ein Riesenproblem“, so Stadler. Auch die Jägerschaft habe eine zentrale Rolle in den Präventionsplänen des Bauernverbands. So könne eine Reduktion der hohen Schwarzwildpopulation die Verbreitung der Seuche eindämmen.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, sicherte dem Bezirkspräsidenten des Bezirksverbandes Niederbayern des Bayerischen Bauernverbands zu, seine Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksverbandssitzungen für dieses Thema zu sensibilisieren. „Der Bayerische Landkreistag vertritt die kommunalen Interessen. Für die staatlichen Aufgaben des Landratsamtes sind zwar die Regierungen zuständig, also auch für Fragen zur Intensivierung der Jagd. An den Sitzungen der Bezirksverbände nehmen aber auch die Regierungspräsidenten teil. Wir werden das Thema vor dem Hintergrund der dringend zu reduzierenden Wildschweinpopulation deswegen dort einfließen lassen“, so Bernreiter.

Bürgermeister des Landkreises Kulmbach wollen es ganz genau wissen: Wie sieht es mit den kommunalen Mitteln aus



V.l.n.r.: Bürgermeister Gerhard Schneider (Himmelkron), Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Johann Keller, Finanzreferent Emil Schneider, Landrat Klaus Peter Söllner, Bürgermeister Siegfried Decker (Neuenmarkt), Stellv. Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Kulmbach

Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, und Finanzreferent Emil Schneider haben am 20. September Landrat Klaus Peter Söllner (Kulmbach), 20 Bürgermeister aus dem Landkreis Kulmbach und den geschäftsleitenden Beamten des Landratsamtes Kulmbach, Rüdiger Köhler, im Haus der bayerischen Landkreise in München begrüßt, um sich auf Wunsch der Kulmbacher über die Kassenlage der Kommunen auszutauschen.

Aufgrund der sehr guten Entwicklung der deutschen Wirtschaft sind die Steuereinnahmen in den zurückliegenden Jahren jährlich um rd. 1 Milliarde Euro gestiegen. „Eine gute wirtschaftliche Lage führt zu finanziellen Spielräumen des Bundes. Wenn 100.000 Menschen zusätzlich eine Beschäftigung haben, hat der Bund 1,8 Mrd. Euro mehr zur Verfügung, weil er diese in der Sozialversicherung sparen kann. Geld, mit dem der Bund die Anliegen der Kommunen unterstützen kann. So hat der Bund auf Initiative der Kommunalen Spitzenverbände den Kommunen 2014 beispielsweise auch die Grundsicherung im Alter abgenommen. Das macht rd. 600 Mio. Euro aus“, so Emil Schneider. Allein im Landkreis Kulmbach hätte die Grundsiche-

rung im Alter zwei Prozentpunkte der Kreisumlage bedeutet. Geld, das dann an anderer Stelle gefehlt hätte.

Im jährlichen Finanzausgleichsgespräch mit Staatsminister Dr. Markus Söder, MdL, das immer im Herbst ansteht, verhandeln die Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände, wie die Kommunen an den Steuereinnahmen beteiligt werden. Dominiert wird der Finanzausgleich vom Allgemeinen Steuerverbund (rd. 4 Mrd. Euro). Die Kommunen werden mit 12,75 Prozent an diesen Einnahmen des Freistaats beteiligt. „Unser Finanzminister hat die Kommunen bei vielen Vorhaben der Vergangenheit unterstützt. Durch seinen kommunalfreundlichen Kurs konnten wir vieles bewegen. Eine große Baustelle, die es in der Zukunft zu beheben gilt, sind die Mittel in der Krankenhausförderung. Früher waren schon einmal 613 Mio. Euro für die Kommunen vorgesehen. 2009 wurden die Mittel aufgrund der Krise reduziert. Heute sind 500 Mio. Euro im Topf. Gerade mit Blick auf die in Augsburg, Nürnberg, Würzburg und München geplanten großen Maßnahmen reicht dieses Geld nicht für alle Krankenhäuser. Eine Anhebung auf 700 Mio. Euro in zwei Schritten wäre deswegen sinnvoll“, so Emil Schneider.

Eine Kultur des Hinschauens für den Schutz unserer Kinder

Fachtag und Fortbildungsreihe „Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ im Landratsamt Berchtesgadener Land

Die Präventionsstellen vom Amt für Kinder, Jugend und Familien und vom Gesundheitsamt des Landkreises Berchtesgadener Land haben im Juli Fachkräfte aus verschiedensten Berufsgruppen zu einer interdisziplinären Fachveranstaltung zum Thema „Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ eingeladen. Mit einer Teilnehmerzahl von 117 war der große Sitzungssaal im Landratsamt voll besetzt. Dies zeigt das große Interesse der Fachkräfte und Experten, gemeinsam gegen dieses Tabuthema verstärkt vorzugehen.

Bundesweit täglich rund 33 polizeilich erfasste Fälle im Bereich „sexueller Missbrauch von Kindern“

Kinder und Jugendliche sind häufiger von sexueller Gewalt betroffen als gedacht. Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass etwa jedes 8. Kind mit Missbrauchserfahrungen konfrontiert ist. Wird diese Annahme auf Kindergartengruppen oder Schulklassen übertragen, so befinden sich statistisch betrachtet in jeder Gruppe oder Klasse 1 - 2 betroffene Kinder.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016 – im sogenannten Hellfeld – wurden 12.019 Fälle von sexuellem Missbrauch erfasst. Auf das Jahr gesehen sind es durchschnittlich 33 Fälle pro Tag. Dabei ist nicht berücksichtigt, dass mit einem Täter/einer Täterin durchaus mehrere Opfer in Verbindung stehen können. Genaue Zahlen zu definieren ist jedoch nicht möglich, da nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Diese bedingt sich beispielsweise aufgrund der hohen Sensibilität dieser Thematik oder durch die weitreichenden Konsequenzen nach Aufdeckung – vor allem wenn die Tat im nahen sozialen Umfeld begangen wird, was in etwa bei drei von vier Fällen zutrifft. „Der oder die Fremde“ als Täter oder Täterin stellt eher die Ausnahme dar. Hinzu kommt, dass sehr viele betroffene Kinder bis zu 7 Anläufe benötigen, bis sie endlich Gehör finden. Nicht selten stellen Kinder den Versuch, sich mitzuteilen, nach ersten gescheiterten Hilferufen ein. Der erlebte Missbrauch bleibt somit weiterhin unaufgedeckt.

Zum Schutz der Kinder sind die Erwachsenen gefragt!

Besonders gefährdet sind Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter. Starke, selbstbewusste und aufgeklärte Kinder haben zwar ein geringeres Risiko, zum Opfer zu werden, aber diese Kompetenzen alleine und auch ein klares Nein des Kindes halten Täter/-innen nicht von ihrem Vorgehen ab.

KEIN KIND KANN SICH SELBER SCHÜTZEN!

Kinder brauchen dazu kompetente Erwachsene – Eltern, Fachkräfte, aber natürlich auch alle anderen Erwachsenen sind dabei gefragt! Es gilt, eine Kultur des Hinschauens und Handelns zu entwickeln, die möglichen Tätern den Raum für Missbrauch nehmen.

Mit dieser Motivation wurde auch der Fachtag „Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ organisiert. Im Rahmen von drei interdisziplinär ausgerichteten Fachvorträgen wurden spezifische Grundlageninformationen zu dieser Thematik vermittelt. Prof. Dr. Elisabeth Mützen, Oberärztin und Leiterin der Kinderschutzambulanz im Institut für Rechtsmedizin München, gab einen Einblick in die medizinische-diagnostische Perspektive der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Die Pädagogin Elke Schmidt von dem Münchner Verein AMYNA e.V. – GrenzwertICH – beleuchtete die Thematik der sexuellen Grenzverletzungen und Übergriffe durch Kinder und Jugendliche gegenüber Gleichaltrigen.

Dieses Phänomen ist zwar nicht neu, diesem wurde dennoch bisher zu wenig Beachtung geschenkt. Ute Schöbel, die Leiterin des Allgemeinen Sozialdienstes im Amt für Kinder, Jugend und Familien im Landratsamt Berchtesgadener Land, gab einen Einblick in die Vorgehensweise vom Jugendamt, wenn ein Verdachtsmoment oder ein konkreter Hinweis auf sexuelle Gewalt vorliegt. 117 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an dieser Veranstaltung teil. Bemerkenswert



Der große Sitzungssaal im Landratsamt Berchtesgadener Land war während des Fachtags voll besetzt.

war an diesem Tag die Vielfalt der anwesenden Berufsgruppen. Neben Ärzten, Psychologen, Therapeuten, Pädagogen, Erziehern und Lehrern waren unter anderem auch Fachkräfte aus Fachberatungsstellen oder Vertreter der Staatsanwaltschaft im Plenum.

Das Resümee des Fachtages kann in vier Kernaussagen zusammengefasst werden:

1. Das Erkennen von sexueller Gewalt betroffener Kinder ist in der Regel sehr schwer. Ein Warnsignal kann eine plötzliche und andauernde Verhaltensänderung beim Kind/beim Jugendlichen sein. Es muss kein Missbrauch dahinterstecken, sollte aber immer ernst genommen werden und als mögliche Ursache in Betracht gezogen werden.
2. Auf Grenzverletzungen oder Übergriffe durch Kinder oder Jugendliche gegenüber Gleichaltrigen sollte immer adäquat reagiert und diese keinesfalls toleriert werden. Denn die Statistik zeigt, dass viele Täter/-innen sexuellen Missbrauchs bereits im Jugendalter auffällig waren. Statistisch betrachtet sind 26,7% der Tatverdächtigen zum Tatzeitpunkt unter 21 Jahre, 13% sogar zwischen 14 bis 18 Jahre alt (PKS 2017). Unverzichtbar sind zudem auch Präventionsmaßnahmen in Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Schulen.
3. Sollte ein Verdacht auf sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bzw. ein „schlechtes Bauchgefühl“ aufkommen, kann im Zweifel auch beim Jugendamt eine (anonyme) Beratung erfolgen. Ute Schöbel, aber auch die anderen Mitarbeiter/-innen im Allgemeinen Sozialdienst stehen dafür kompetent zur Verfügung.
4. Obwohl bereits positive Entwicklungen und viele gute Maßnahmen im Bereich der Enttabuisierung

der Thematik, Prävention und Intervention zu verzeichnen sind, darf man nicht müde werden, stetig weiter daran zu arbeiten.

Fortbildungsreihe in den Folgemonaten bereits ausgebucht

Abgerundet wird dieses Programm mit einer Fortbildungsreihe von vier Workshops, die auf verschiedene Aspekte und Zusammenhänge sexueller Gewalt eingehen. Der erste Workshop hat bereits stattgefunden. Rund 20 Teilnehmer/-innen bekamen in diesem Rahmen Grundlagen über die Präventionsarbeit in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen vermittelt. Die Referentinnen Sandra Kunz aus dem Gesundheitsamt im Landratsamt Berchtesgadener Land und Sarah Tichowitsch vom Amt für Kinder, Jugend und Familien Berchtesgadener Land gingen dabei auf vertiefendes Grundlagenwissen ein – wie z.B. auf mögliche Täterstrategien oder die relevanten Bausteine der Präventionsarbeit sowie auf praxistaugliche Methoden, die sich für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen gut eignen.

Im September wurden in einem weiteren Workshop die erstrebenswerten „Schutzkonzepte in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen“ in den Fokus gestellt, im Oktober wird der Umgang mit dem Thema „Sexualität und sexuelle Gewalt im interkulturellen Kontext“ ins Blickfeld gerückt. Abgeschlossen wird diese Veranstaltungsreihe im November mit dem Thema „Sexualisierte Gewalt im Internet“.

Alle Workshops haben großen Anklang gefunden und sind bereits ausgebucht. Es zeigt sich, dass im Landkreis Berchtesgadener Land der Kinderschutz ernst genommen und dafür Verantwortung übernommen wird.

Zusätzlich spezieller Workshop für Vereine

Im Herbst 2017 besteht zusätzlich die Möglichkeit, an einem Workshop speziell für Vereine teilzunehmen, mit dem Motto „Kein Raum für Missbrauch“. Hier stehen mit Laufen, Bad Reichenhall und Berchtesgaden drei verschiedene Veranstaltungsorte zur Auswahl. Eine Anmeldung dafür ist ab sofort möglich (praevention@lra-bgl.de).

Nähere Informationen sind unter www.praevention-bgl.de erhältlich. (LRA Berchtesgadener Land)

Fachtag Gesundheitsregion^{plus} im Landkreis Freising



Geschäftsleiterin Susanne Bauer (v.l.) mit den Referenten Dr. Heino Pause, Dr. Anneliese Lengl, Dr. Monika Mlarshchik und Dr. Lorenz Weigl

Den Bekanntheitsgrad der Gesundheitsregion^{plus} im Landkreis Freising steigern – das ist derzeit eines der Hauptanliegen von Geschäftsleiterin Susanne Bauer. Damit die ehrgeizigen Ziele auch erreicht werden können. Darum fand kürzlich ein Fachtag statt. Dabei wurde das vom Bayerischen Gesundheitsministerium geförderte Projekt noch einmal ausführlich vorgestellt, ebenso wie die bisherigen Erkenntnisse. „Wir sind jetzt seit neun Monaten bei der Arbeit. Und seitdem hat sich einiges getan“, sagte Bauer.

Grundsätzlich sei der Landkreis gesetzlich für die Krankenhausversorgung zuständig, führte Landrat Josef Hauner in seiner Begrüßung aus. „Aber wir haben den Anspruch, mehr zu tun. Wir wollen beim Thema Gesundheit etwas voranbringen.“ Regionale Vernetzung ist hier das Stichwort. „Alle Akteure, die



Landrat Josef Hauner

auf diesem Gebiet tätig sind, sollen zusammengeführt werden.“ Sie sollen sich austauschen, gegenseitig informieren, welche Angebote im Landkreis bereits bestehen und wo noch Nachbesserungsbedarf herrscht.

Bürgermeister, Kreisräte, Vertreter von Pflegediensten, Apotheken, aus dem Klinikum, Ärzte, Therapeuten und Seniorenbeauftragte waren eingeladen worden. „Ich freue mich, dass ich so viele neue Gesichter sehe, die sich für das Thema interessieren“, sagte Susanne Bauer. Hauptziele der Gesundheitsregion^{plus} seien es, Kommunikations- und Koordinationsstrukturen zu kreieren, „Kräfte und Wissen zu bündeln“ und dadurch effiziente und zielgerichtete Angebote zu schaffen. „Möglichst jeder soll von jedem wissen.“ Zur besseren Orientierung wird es demnächst eine eigene Internetseite geben, auf der dann neben vielen anderen Informationen ein Gesundheitswegweiser zu finden sein soll.

Arbeitsgruppenleiter berichten über ihre Tätigkeit

Dass es um die Kommunikation beispielsweise zwischen Klinikum, Ärzten und Pflegediensten nicht immer gut bestellt ist, war den Worten von Dr. Anneliese Lengl zu entnehmen. Die Leiterin der Arbeitsgruppe „Gesundheitsversorgung“ stellte die bisherigen Ergebnisse vor, ebenso wie ihre beiden Kollegen aus den anderen Arbeitsgruppen. Ihr Gremium bemühe sich zunächst darum, ambulante Pflegedienste beispielsweise mit Klinikum und Krankenkassen besser zu vernetzen. Ideal wäre es, eine unabhängige Pflegeberatungsstelle einzurichten, an die sich Verwandte von zu pflegenden Personen hinwenden können und die diese weitervermittelt. „Eine Stelle, bei der alles zusammenläuft.“

Ein Netzwerk für bestimmte Bereiche spannen, das ist auch das Anliegen von Dr. Lorenz Weigl und der Arbeitsgruppe „Gesundheitsvorsorge und Prävention“. Hier gehe es vor allem um „Primärprävention“, so Weigl. „Die Gesundheit stärken, damit erst gar keine Krankheit entsteht.“ Auf der Prioritätenliste ganz oben steht hier erst einmal die „Familiengesundheit in schweren Situationen“. Ein Beispiel: Muss ein Elternteil wegen einer schweren Erkrankung ins Krankenhaus und der andere muss arbeiten, wer springt dann als Babysitter oder Hausaufgabenbetreuer ein?

Ein Nachschlagewerk, in dem ältere Mitbürger sämtliche Angebote samt Ansprechpartnern in ihrer jeweiligen Gemeinde finden, wollen Dr. Heino Pause und die Arbeitsgruppe „Demografie“ entwickeln. Zwar gebe es neben dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept des Landkreises Freising schon weitere Broschüren und Ratgeber für ältere Mitbürger. Diese sollen jedoch zusammengeführt und aktuell gehalten werden.

Schließlich stellte Oberärztin Dr. Monika Mlarschik noch die „Psychosomatische Tagesklinik“ vor, die vor rund einem Jahr am Klinikum Freising ihre Arbeit aufgenommen hat. Dort werden Menschen mit seelischen Krisen, Depressionen oder Persönlichkeitsstörungen behandelt, „die bereit sind, sich mit ihrer Gefühlswelt auseinanderzusetzen“, sagte Mlarschik. Seit Juli 2016 seien die zehn Plätze stets belegt, 2016 waren es insgesamt 45 Patienten.



Gespräche am Rande des Fachtags

Am Ende des Nachmittags wurden in der Aula noch viele Gespräche geführt und Netzwerke gesponnen. (LRA Freising)

Neuburg-Schrobenhausen zeigt, wie es gelingen kann: die Beschäftigung von Geflüchteten

Die Integration und Akzeptanz von Geflüchteten ist ein Thema, das die Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen stellt. Die Eingliederung in das Arbeitsleben ist einer der Schritte, dem in diesem Zusammenhang am meisten Bedeutung zukommt. Aus Sicht der Arbeitgeber entsteht dadurch ein Potenzial zur Gewinnung von Fachkräften, das es auszuschöpfen gilt. Allerdings ist der rechtliche Rahmen, in dem sich ein mögliches Arbeitsverhältnis mit einem Geflüchteten (Asylbewerber, abgelehnter Asylbewerber oder anerkannter Flüchtling) bewegt, für die potenziellen Arbeitgeber oft nur sehr schwer zu durchschauen.

Um hier für mehr Klarheit und Sicherheit zu sorgen, richtete sich der Landkreis Neuburg-Schrobenhausen mit der Informationsveranstaltung „Zeigen, wie es gelingen kann: Beschäftigung von Geflüchteten“ gezielt an interessierte Unternehmen. Initiiert wurde die Veranstaltung von Andrea Haslauer, Wirtschaftsförderin des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen, und Emmy Böhm, Leiterin der Ausländerbehörde des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen. Mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters, der Handwerkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer wurden zahlreiche Fragen beantwortet, darunter



Von links nach rechts: Emmy Böhm, Leiterin der Ausländerbehörde am Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, Norbert Meinert, Niederlassungsleiter der Fa. Richard Schulz Tiefbau, und Susanne Felbermeir, Sachbearbeiterin Aufenthalt im Ausländeramt (Foto: Neuburger Rundschau)

ganz grundlegende wie „Unter welchen Voraussetzungen darf jemand überhaupt arbeiten?“ aber auch weiterführende wie „Welche Fördermöglichkeiten gibt es?“ oder allgemeiner: „Wer sonst unterstützt mich noch?“. Emmy Böhm lieferte in ihrem Vortrag ganz konkrete Informationen, welche Rahmenbedingungen

es bei der Beschäftigung von Geflüchteten zu beachten gilt. Als Ergänzung wurde den Teilnehmern auch ein Best-Practice-Beispiel vorgestellt: Norbert Meinert, Niederlassungsleiter der Firma Richard Schulz Tiefbau, schilderte aus erster Hand, wie es das Unternehmen in enger Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde geschafft hat, einem jungen Mann aus Sierra Leone eine Ausbildung zu ermöglichen.

Insgesamt 22 Unternehmen sind der Einladung gefolgt und haben sich rege an der Veranstaltung beteiligt. „Daran sehen wir, dass diese Thematik bei vielen Unternehmen und Betrieben aktuell im Fokus steht. Durch die Komplexität ist Beratung unbedingt notwendig. Diese möchten wir sowie auch unsere Partner gerne individuell allen anbieten“, erklärt Wirtschaftsförderin Andrea Haslauer. Im Nachgang der Veranstaltung wurde und wird dieses Angebot sehr gut angenommen. Viele der vertretenen Unternehmen haben konkrete und aktuelle Fälle und wissen jetzt, wo sie kompetente Unterstützung erhalten. Das Telefon laufe geradezu heiß, so Böhm.

Nach ihrem Wunsch werden solche Veranstaltungen in Zukunft öfter stattfinden. Es gilt, noch mehr auf die beratende Funktion der Ausländerbehörde und ihrer Partner aufmerksam zu machen. „Die besten Ergebnisse lassen sich erzielen, wenn alle Beteiligten von Anfang an gemeinsam an einem Strang ziehen. Dafür muss die Möglichkeit, unsere Beratung frühzeitig in Anspruch zu nehmen, noch präsenter werden“, so Böhm. Folgeveranstaltungen sind daher schon angedacht. Ein wichtiges und ebenfalls komplexes Thema – für die Arbeitgeber ebenso wie für die Geflüchteten – ist beispielsweise die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse. Auch hier sollen die Möglichkeiten, Voraussetzungen und weitere Rahmenbedingungen dargestellt werden. Ein konkreter Termin steht noch nicht fest, die Veranstaltung soll aber zeitlich passend im Vorgriff auf das dann folgende Ausbildungsjahr stattfinden. (LRA Neuburg-Schrobenhausen)

Erfolgreiche Gründer müssen für ihre Idee brennen

Wirtschaftstreffen der Landkreise Würzburg und Main-Tauber

Zwei Landkreise, zwei Nachbarn, zwei Grenzen. Die Landkreise Würzburg und Main-Tauber haben vieles gemeinsam. Regionen rücken zusammen. Doch viele Hürden sind noch zu nehmen, wenn es darum geht, landkreis- und länderübergreifende Kooperationen einzugehen.

„Die Grenzen der beiden Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sind bei Kooperationen oft kaum zu überwinden“, erläuterte Michael Dröse, Leiter des Fachbereichs Kreisentwicklung am Landratsamt Würzburg, beim zweiten interkommunalen Wirtschaftstreffen der Landkreise Würzburg und Main-Tauber Ende August, das diesmal im Kartoffelkeller Giebelstadt stattfand. Denn, so Dröse, die Landkreis- und Landesgrenzen stellen bei den kommunalrechtlichen und landesrechtlichen Vorgaben eine besondere Herausforderung dar. „Bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes Main-Tauber und Region Würzburg werden wir anregen, durch eine Vernetzung der

Industrie- und Handelskammern (IHK) und der Handwerkskammern (HWK) die jeweiligen Stärken zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden“, erläuterte er. Ein Anfang sei bereits gemacht, der müsse nun mit einem Thesenpapier strukturiert werden.

Gründer überwinden Grenzen

Um länder- und landkreisübergreifende Zusammenarbeit und Chancen bei der Gründung eines Unternehmens ging es auch beim letzten Regionaltreffen der beiden Landkreise in Giebelstadt. Landrat Eberhard Nuß begrüßte dazu zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Bildung und Gründerszene sowie Schülerinnen und Schüler aus Tauberbischofsheim.

Die beiden Landkreise hätten bereits mit den bisherigen Vernetzungen im Tourismus und in der interkommunalen Zusammenarbeit sehr gute Erfahrungen gemacht. „Es wächst zusammen, was zusammen

gehört“, sagte Nuß. Nun heiße das gemeinsame Ziel: Jungen Menschen mit guten Ideen und dem Mut, diese auch umzusetzen, einen Wirkungsraum anzubieten in der Region Würzburg-Main-Tauber.

Gründer als Joker im Standort-Poker

Dass das Zusammenwirken der beiden Landkreise sich sehr positiv auf die gesamte Region auswirke, bestätigte auch Nuß' Amtskollege Reinhard Frank, Landrat des Main-Tauber-Kreises. „Wir haben viele Gemeinsamkeiten und viele gemeinsame Herausforderungen, unter anderem die demographische Entwicklung, den Fachkräftemangel und die Digitalisierung“, meinte er. In Zukunft Fachkräfte zu gewinnen und Arbeitsplätze zu sichern, sei die große gemeinsame Aufgabe der beiden Landkreise. Gerade in der Gründerszene stehe man vor großen Herausforderungen, denn die Zahl der Existenzgründer geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Doch die Gründer seien der „Joker im Standort-Poker“, weil sie Arbeitsplätze schaffen, meinte Frank.

Gründe niemals, um reich zu werden...

Wie ein Existenzgründer zum erfolgreichen Unternehmer wird, schilderte Andreas Kreissl, geschäftsführen-

der Gesellschafter der Firma Ceracon aus Weikersheim. Im Jahr 2000 wurde das Maschinenbau-Unternehmen gegründet. Heute beschäftigt es rund 200 Mitarbeiter. Sein Credo: „Wer ideenlos ist, hat keine Chance. Wer aber eine Riesenidee hat, für den gibt es Mittel und Wege, sich auch ohne eigenes Kapital selbständig zu machen.“

Und noch etwas: „Gründe niemals, um reich zu werden“, sagte Kreissl. Man könne als Unternehmer sicher gutes Geld verdienen, habe aber auch ein großes Risiko. Die Intention sei nicht, reich zu werden, sondern etwas zu bewegen, zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. „Es ist wie ein Baby, etwas, in dem man aufgeht. Seit ich Unternehmer bin, arbeite ich nicht mehr, sondern bin 24 Stunden an 365 Tagen immer mit diesem Unternehmen verbunden“, meinte er. Es sei keine Arbeit, sondern Leidenschaft, die man spüren und leben müsse. Sein Appell: „Wenn ihr gründen wollt, muss ein Feuer in euch brennen, sonst lasst die Finger weg.“

Weitere Beratung und Infos zu Neugründungen gibt es bei den Würzburger Gründerzentren unter www.igz.wuerzburg.de, www.tgz-wuerzburg.de und www.zdi-mainfranken.de. (LRA Würzburg)



Lebhafter Austausch fand beim Interkommunalen Wirtschaftstreffen der Landkreise Würzburg und Main-Tauber statt (v.l.): Moderator Jürgen Gläser, Main-Tauber-Landrat Reinhard Frank und Eberhard Nuß, Landrat des Landkreises Würzburg. (Foto: Wilma Wolf)

Erster bayerisch-tschechischer Bahngipfel in Furth im Wald

Im ersten bayerisch-tschechischen Bahngipfel in Furth im Wald hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zugesagt, den Ausbau der Bahnstrecke von Schwandorf bis zur Grenze bei Furth im Wald in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen. Der Chamer Landrat Franz Löffler sieht darin den Durchbruch in den Bestrebungen, eine leistungsfähige Schienenverbindung zwischen München und Prag zu schaffen.

Wörtlich sagte Löffler: „Die Hochstufung dieser Strecke ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern heute zur Realität geworden. Mit der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf ist auch die Finanzierung sichergestellt. Der Bundesverkehrswegeplan umfasst einen Horizont bis 2030, womit auch der Rahmen für die zeitliche Umsetzung vorgegeben ist. Ich danke Bundesverkehrsminister Dobrindt für dieses klare Bekenntnis und dem Bayerischen Verkehrsminister Herrmann für seinen Einsatz zur Verbesserung der Verbindungen zwischen Bayern und Böhmen.“

Der Bayerische Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann und der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Klaus-Dieter Josel, haben eine entsprechende Absichtserklärung zur Planung des Schienenkorridors von Schwandorf bis zur tschechischen

Grenze bei Furth im Wald (Landkreis Cham) unterzeichnet. Dazu hat der Freistaat Bayern zugesagt, die Planungen als Pilotprojekt mit Landesmitteln freiwillig zu finanzieren.

Auch der tschechische Verkehrsminister Dan Ťok bestätigte, dass Tschechien dem Ausbau schneller Bahnverbindungen zwischen Bayern und Tschechien hohe Bedeutung beimisst und hierfür auch erhebliche finanzielle Anstrengungen unternimmt. Er unterzeichnete zusammen mit Minister Herrmann eine gemeinsame Erklärung über die Entwicklung des Schienenverkehrs bis 2030 zwischen Bayern und der Tschechischen Republik.

Eine internationale Studie, deren Ergebnis bei dem Treffen vorgestellt wurde, bestätigte, dass mit einer Reihe von Ertüchtigungsmaßnahmen wie zum Beispiel der Elektrifizierung und dem zweigleisigen Ausbau in Abschnitten eine Verkürzung der Fahrzeit zwischen München und Prag von derzeit sechs Stunden auf vier Stunden und 18 Minuten erreicht werden kann. Die voraussichtlichen Projektkosten bewegen sich je nach Variante zwischen rund zwei und 2,5 Milliarden Euro. *(LRA Cham)*



V.l.n.r.: Dr. Jürgen Helmes (Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg), Dan Ťok (Verkehrsminister Tschechien), Joachim Herrmann (Innenminister Bayern), Alexander Dobrindt (Bundesverkehrsminister), Franz Löffler (Landrat und Bezirkstagspräsident), Karl Holmeier (MdB), Axel Bartelt (Regierungspräsident Oberpfalz)

Ein Fest für die Franken

15 000 Besucher feierten in rot-weiß am 2. Juli den Tag der Franken in Kitzingen



Mit einem großen Fest im unterfränkischen Kitzingen haben sich die Franken am Sonntag, 2. Juli, gefeiert. „Kultur-Brücken“ lautete das Motto – passend zu den fünf Brücken, die in Kitzingen über den Main führen. Die Franken feiern gern, wie die 15.000 Besucher sowie die hervorragende Stimmung zeigten.

Auf vier Bühnen in der Innenstadt sowie entlang des Mains und auf dem Gartenschau Gelände zeigten Trachten- und Musikgruppen ihr Können, das unterfränkische Musikschulfestival lockte junge Künstler in die Stadt, ebenso die zahlreichen Gruppen – von Tanz bis Gesang, von modern bis traditionell, die den ganzen Tag über das Geschehen auf der Hauptbühne am Marktplatz bestimmten. Brücken wurden aber nicht nur künstlerisch geschlagen, sondern die Alte Mainbrücke wurde auch künstlerisch in Szene gesetzt. 2.000 Schüler von Kitzinger Schulen hatten sich an einem

Brückenkunstwerk beteiligt und zeigten in der Brückengalerie „Meine Welt – Was ist mir wichtig, was bewegt mich?“.

Festredner Innenminister Joachim Herrmann betonte in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer beim offiziellen Festakt am Marktplatz, dass laut Glücksatlas die Franken am glücklichsten in Bayern seien und hob ihren „ganz eigenen Charakter“ hervor. Stimmgewaltig und textsicher zeigte er sich beim gemeinsamen Singen des Frankenliedes und bestand auf alle sechs Strophen, die er auswendig kannte. „Mein Herz geht auf“, freute sich Landtagspräsidentin Barbara Stamm mit Blick auf den rot-weiß geschmückten und vollbesetzten Marktplatz. „Wir Franken wissen, wer wir sind, wir wissen, was wir können, und wir lieben unsere Heimat“, betonte sie.

Das Motto „Kulturbrücken“ griff Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in seiner Rede auf. Brücken ermöglichen Annäherung und zugleich Wandel. Brücken seien für den Fortschritt in einer modernen Welt einfach unverzichtbar. Als „Brückenschlag zwischen Stadt und Landkreis“ bezeichnete Landrätin Tamara Bischof den Tag der Franken. In der Vorbereitung seien die beiden Stellen noch enger zusammengewachsen. Sie hob in ihrer Rede die Stärke der Region hervor und lobte die fleißigen Betriebe: „Kitzingen ist ein starkes Stück Franken!“, stellte die Kreischefin in Anlehnung an ein Zitat Seehofers fest. Oberbürgermeister Siegfried Müller ging auf die Vielfalt der Stadt ein, in der Menschen aus über 90 unterschiedlichen Ländern friedlich und tolerant zusammenleben.



Überaus positiv fiel dann auch das Resümee der Veranstalter – Bezirk, Stadt und Landkreis – aus. Die Erwartungen wurden mehr als erfüllt und der fränkische Feiertag als großer Erfolg verbucht. (LRA Kitzingen)



Innenminister Joachim Herrmann (links), gegenüber Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel mit Gattin, Landrätin Tamara Bischof sowie Oberbürgermeister Siegfried Müller



Landratsamt Mühldorf a. Inn geht den Weg in eine digitale Zukunft – und wird für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und zugänglicher

2015 hat das Statistische Bundesamt eine Umfrage im Rahmen der Regierungsinitiative „amtlich einfach – Staat der kurzen Wege“ durchgeführt. Es wurde untersucht, inwiefern Zufriedenheit bzgl. behördlicher Dienstleistungen im Hinblick auf verschiedene Lebenssituationen vorherrscht. Ein erfreuliches Ergebnis war, dass die Bürgerinnen und Bürger überwiegend zufrieden mit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland sind. Trotzdem ist ein zentrales Ziel der Regierung, die Wahrnehmung der Verwaltung in der Öffentlichkeit spürbar zu verbessern und die Bürokratie zu vereinfachen – auch mit Hilfe der Digitalisierung.

Dass dies viel mehr als ein Ziel ist, sondern sogar eine Notwendigkeit, Prozesse und Strukturen den Bürgerinnen und Bürgern zeitgemäß anzubieten, ist das Gebot der Stunde. Bekanntlich kann sich niemand dem Prozess der Digitalisierung entziehen. Hinzu kommt, dass die Privatwirtschaft im Bereich Digitalisierung viel weiter ist, als Behörden und Verwaltung es heute sind. Das hat für uns als Landratsamt Mühldorf a. Inn Konsequenzen – sowohl intern, als auch extern. Es ist höchste Zeit, dass wir uns im Landkreis Mühldorf a. Inn digital aufstellen.

Keine einfachen Antworten

Zunächst gilt festzuhalten: Es gibt keine einheitliche Blaupause für das Vorhaben, ein Landratsamt als Dienstleistungsunternehmen digital aufzustellen. Jedes Landratsamt und jeder Landkreis bringt seine Besonderheiten mit sich. Deshalb muss eine Digitalisierungsstrategie maßgeschneidert konzipiert werden. Nur wenn Bedürfnisse und Lösungsansätze klar definiert sind, kann eine solche Strategie umgesetzt werden.

Im ersten Schritt geht es darum, Antworten und Einschätzungen von Akteuren einzuholen, die in diesem Bereich bereits aktiv sind. Deren Erfahrungen und Tipps können für die Erstellung der eigenen Strategie verwendet werden. Diese Gespräche sind überaus wertvoll. Sie vermitteln nicht nur ein Bild, wie andere Behörden mit dieser Thematik umgehen. Sie können

auch intern als Argumentationshilfe herangezogen werden. Es empfiehlt sich, bei diesen Einschätzungen möglichst breit anzusetzen. Wir haben bei unserer Recherche also nicht nur mit anderen Landratsämtern gesprochen, sondern auch mit der Regierung von Oberbayern, dem Bayerischen Datenschutzbeauftragten, dem Polizeipräsidium Oberbayern Süd, dem Bayerischen Landkreistag sowie verschiedenen Experten.

Mit diesen Erkenntnissen wurden erste Maßnahmen definiert, die im Rahmen einer absehbaren Zeitplanung umgesetzt werden konnten. Dazu zählen die finale Implementierung eines digitalen Dokumenten-Management-Systems, die Erstellung einer neuen Website und die Einrichtung einer Facebook-Fanpage als erste wichtige Schritte in diesem Bereich.

Dokumenten-Management-System DMS

Die Umstellung von der papiergebundenen hin zu einer elektronischen Aktenführung und die Einführung bzw. der Einsatz eines entsprechenden Dokumentenmanagementsystems sind derzeit für viele Landratsämter ein Thema. Bei der elektronischen Aktenführung entfällt nicht nur der Aufwand, die zunehmenden elektronischen Dokumente und E-Mails auszudrucken und zum Papierakt zu nehmen, sie bietet auch zusätzliche Vorteile:

- orts- und zeitunabhängige Verfügbarkeit der Akten,
- gleichzeitiger Zugriff von mehreren Bearbeitern,
- einfache, schnelle, umfängliche und komfortable Recherchemöglichkeit,
- schnellere und bessere Auswertung, Darstellung und Verarbeitung,
- Vermeidung einer fehleranfälligen mehrfachen Erfassung und Pflege von Daten,
- Beschleunigung der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen,
- Erhöhung der Transparenz des Verwaltungshandelns.

Wegen der mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems verbundenen Umstellung auf eine elektronische Aktenführung handelt es sich hierbei in

erster Linie um ein Organisationsprojekt (und kein IT-Projekt). Eine aktive Unterstützung des Projekts durch die Landrätin/den Landrat und die übrigen Führungskräfte über die gesamte Dauer des Projekts hindurch ist dabei ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Einführung. Auch die Mitarbeiter/-innen wurden früh eingebunden und über das Projekt und die damit verbundenen Auswirkungen auf ihre persönliche Arbeitsweise informiert. Das System ist aktiv und wird durch Schulungen aktuell Schritt für Schritt über die Fachbereiche hinweg eingeführt.

Website und Facebook-Fanpage

Höchste Zeit war es, die bestehende Website durch eine neue zu ersetzen. Der Großteil der Internetnutzer ruft Webseiten und soziale Medien über das Handy oder Tablet auf. Deshalb ist es unabdingbar, dass sich die Optik der Website auf diese Geräte anpasst („responsive design“). Natürlich muss es auch eine schnelle Möglichkeit geben, Kontakt mit dem Landratsamt aufzunehmen. Die Funktion der „einfachen Sprache“ ist zudem so obligatorisch wie die Vorlesefunktion.

In internen Workshops und in Zusammenarbeit mit einer Agentur wurde die neue Website konstruiert. Zudem wurde eine neue Kategorie eingeführt: Die „Lebenslagen“ erleichtern es dem Bürger in Zukunft gezielt nach Themen auf der Website zu suchen, die seine persönliche Lebenssituation betreffen. Unbedingt notwendig und voll einsatzfähig ist auch die neue „Suchen-Funktion“, die zuverlässig und treffsicher alle Inhalte der Website abdeckt.

Facebook wird nach wie vor von Verwaltungsseite kritisch beäugt – gerade im Hinblick auf das Thema Datenschutz. Wie schon bei der Website ist hier Fachwissen nötig, um Planung, Konzeption und Umsetzung professionell gewährleisten zu können. Als einer der ersten Landkreise können wir deshalb auf die Unterstützung eines Social Media Managers zählen.

Die Aktivitäten zur Vorbereitung der Fanpage machen es notwendig, beim Aufbau der Fanpage möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubeziehen. Ein wichtiger Meilenstein – und damit ist der Landkreis Mühldorf a. Inn Vorreiter – ist die eigens erstellte Dienstvereinbarung, die definierte Prozesse und klare Verantwortlichkeiten verbindlich ausweist. Darüber hinaus wird monatlich ein Themenplan erstellt, der möglichst viele Fachbereiche abdeckt. Hierfür tagen regelmäßig Redaktionssitzungen. Nicht zuletzt ist die neue Fanpage für das Landratsamt ein zusätzliches Sprachrohr, das Informationen und Nachrichten an zusätzliche Zielgruppen im Landkreis transportiert. Dadurch wird auch die Pressearbeit verstärkt.

Ausblick

Diese ersten Maßnahmen kosten natürlich Zeit und Ressourcen. Mit der Umsetzung ist das Thema Digitalisierung aber noch lange nicht ad acta gelegt – im Gegenteil. In den vergangenen Monaten wurden wichtige Grundlagen geschaffen. Die Dienstvereinbarung legt den Grundstein für weitere soziale Kanäle und das Thema Krisenkommunikation wird weiter vertieft. Hierzu sind Applikationen wie BIWAPP und auch das Medium Twitter in Planung und Vorbereitung.



Wir freuen uns, wenn Sie unsere neuen Medien (www.lra-mue.de oder <https://www.facebook.com/landkreismuehldorf/>) besuchen. (LRA Mühldorf a. Inn)

Mühldorf a. Inn auf Facebook



*Landrat **Martin Wolf** wurde bei der Landratswahl im Juni mit 74,6 % Zustimmung für seine bisherige Arbeit von den Bürgern in Pfaffenhofen a. d. Ilm belohnt. Auch in den Gremien des Bayerischen Landkreistags ist man von seiner Tat- und Schaffenskraft beeindruckt. Nachdem Wolf im Frühjahr einen schweren Motorradunfall hatte, sich aber auf dem Weg der Besserung befindet, freut sich der gesamte Bayerische Landkreistag darauf, ihn baldmöglichst als Mitstreiter wieder begrüßen zu dürfen.*



*Auch im Landkreis Roth wurde der amtierende Landrat in seinem Amt bestätigt. Landrat **Herbert Eckstein** tritt damit seine 5. Amtszeit an. Das Fortkommen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger prägt auch sein Handeln als Schatzmeister und 2. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags. Als Mann für die Zahlen ist er das Gewissen der künftigen Generationen. Im Präsidium wird er wegen seines konsequenten Einsatzes über alle Maßen geschätzt.*



*Landrat **Christian Meißner** konnte zwei weitere Bewerber bei einer ordentlichen Wahlbeteiligung mit großem Abstand hinter sich lassen. In Lichtenfels beginnt damit seine 2. Amtszeit. Zuvor hat er sich bereits als langjähriges Mitglied des Bayerischen Landtags um die Anliegen der Menschen in Bayern gekümmert. Auch im Präsidium des Bayerischen Landkreistags engagiert er sich mit viel Leidenschaft für den Erhalt des ländlichen Raumes als lebenswerte Heimat.*



Zudem durfte sich auch der Landrat von Weißenburg-Gunzenhausen, Landrat **Gerhard Wügemann**, über eine fulminante Wiederwahl freuen.

Ob im Bayerischen Landtag, als Landrat oder in den Ausschüssen des Bayerischen Landkreistags, die Menschen, die Mittelfranken und natürlich insbesondere Weißenburg-Gunzenhausen ihre Heimat nennen, kommen für ihn immer an 1. Stelle.



Auch im Landkreis Regen wurde gewählt. Nach 27 Jahren im Chefsessel im Rathaus von Markt Teisnach wird **Rita Röhrl** am 1. Dezember die Nachfolge von Michael Adam antreten. Ihr solides Wahlergebnis trotz starker Konkurrenz ist Ausdruck der Wertschätzung, die sie aufgrund ihres jahrzehntelangen kommunalen Einsatzes in ihrer Heimatregion genießt. Nach Beschluss des Bezirksverbands Niederbayern des Bayerischen Landkreistags wird sie seine Funktionen als Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung und im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt ebenso wie als stellvertretendes Mitglied im Landesausschuss übernehmen.



Am 5. Juni feierte Landrat **Leo Schrell** seinen 60. Geburtstag. Der Landrat des Landkreises Dillingen an der Donau kämpft seit fast drei Jahrzehnten mit großer Leidenschaft und viel Herzblut für die Region Schwaben. Auch in den Ausschüssen und im Präsidium des Bayerischen Landkreistags wird er besonders für seinen Einsatz in sozialen und medizinischen Fragen geschätzt. So ist er ein vehementer Kämpfer für den Erhalt der medizinischen Versorgung in der Fläche.



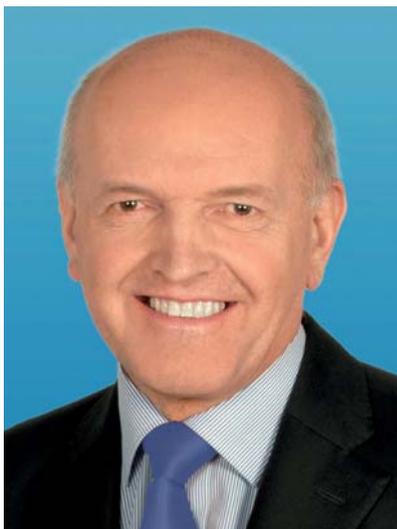
Seinen 65. Geburtstag feierte Landrat **Hubert Hafner** am 18. Juli. Der Landrat von Günzburg engagiert sich seit 15 Jahren in den Gremien des Bayerischen Landkreistags an vorderster Stelle für Aufwärtsstrategien im ländlichen Raum. Seine deutlichen Worte gegenüber den Krankenkassen, aber auch gegenüber dem Land und dem Bund, tun gerade im Gesundheitswesen, wo die Landkreise oftmals den Kampf von David gegen Goliath führen, besonders gut.



Landrat **Christian Bernreiter** wurde von Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, im Juli mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber für sein langjähriges Engagement für die Menschen im ländlichen Raum ausgezeichnet. Der 2002 erstmals zum Landrat in Deggendorf gewählte Niederbayer kämpft seit 2014 auch als Präsident des Bayerischen Landkreistags an allen Stellen unermüdlich für eine gute Zukunft der bayerischen Landkreise.



Auch der Landrat des Landkreises Cham, **Franz Löffler**, wurde mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber geehrt. Der ehemalige Erste Bürgermeister der Stadt Waldmünchen ist nicht nur im Präsidium des Bayerischen Landkreistags engagiert, sondern auch Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr und Bezirkstagspräsident der Oberpfalz. In den Gremien des Bayerischen Landkreistags ist er für seine innovativen Handlungsstrategien gerade im Bereich des ÖPNV, aber auch bei der Digitalisierung bekannt.



Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, hat auch den unterfränkischen Landrat **Thomas Habermann** mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Der Landrat von Rhön-Grabfeld und Bezirksverbandsvorsitzende von Unterfranken hat sich im Laufe seines Berufslebens in zahlreichen staatlichen Funktionen verdient gemacht. Im Präsidium und im Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag wird er nicht nur wegen seines juristischen Sachverstands über alle Maßen geschätzt, sondern darüber hinaus auch, weil er sich besonders für andere engagiert.



Schließlich gehört auch Landrat **Georg Grabner** zu denjenigen, die im Juli mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber geehrt wurden. Das politische Engagement des Landrats des Landkreises Berchtesgadener Land erstreckt sich nicht nur über fast drei Jahrzehnte, sondern auch über fast jede politische Ebene. Er ist für den Bayerischen Landkreistag ein unverzichtbarer Mitstreiter für die Vorwärtsstrategien aller Landkreise.



Auch in der Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags hat sich etwas getan. Auf Astrid Müller-Eitrich ist **Emanuel Dillberger** gefolgt, der damit den Bereich Bauen, Umwelt und Verbraucherschutz verantwortet. Bis auf einen 1-jährigen universitätsbedingten Aufenthalt in Melbourne, Australien, ist der 2-fache Familienvater seiner oberbayerischen Heimat immer treu geblieben. Der bereits in verschiedenen Verwendungen unter anderem im Bayerischen Finanzministerium erprobte Jurist hegt eine besondere Leidenschaft für das Steuerrecht und hat eine Schwäche für die einfache Aufbereitung komplexer Zusammenhänge.



Der Bayerische Landkreistag trauert um

Altlandrat Roland Schwing

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, des Bayerischen Verdienstordens, der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber und der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold

Er verstarb viel zu früh im Alter von 68 Jahren am 3. Oktober 2017.

Mit viel Herzblut und einer unermüdlichen Tatkraft hat sich Roland Schwing fast drei Jahrzehnte lang in den Dienst der Menschen in ganz Bayern gestellt. In zahlreichen Gremien und Vertretungen des Bayerischen Landkreistags, vor allem aber als Vizepräsident und als Leiter des Innovationsringes, hat er sich dem „Morgen“ gewidmet.

Eine gute Perspektive für die jüngeren Generationen war ihm immer ein besonderes Anliegen. Zahlreiche Projekte und Initiativen in den Bereichen Bildung und Soziales tragen deswegen seine Handschrift.

Der Bayerische Landkreistag trauert um einen Vordenker, Menschenfreund und Zukunftsarchitekten. Roland Schwing war eine herausragende Persönlichkeit und ein Gewinn für den ländlichen Raum. Wir werden ihm ein würdiges Andenken bewahren.

Seiner Frau Renate Schwing, seinen Kindern, seinen Enkelkindern und allen weiteren Angehörigen sprechen wir unser tief empfundenes Beileid aus.

Bayerischer Landkreistag

Christian Bernreiter

Landrat
Präsident

Bezirksverband Unterfranken

Thomas Habermann

Landrat
Vorsitzender



Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de